1D 20079 E

Lebensschutz-Informationen LSI



Stimme des Gewissens

Herausgeber:
Weltbund zum Schutze des Lebens WSL-D
COLLEGIUM HUMANUM
Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V.

20. Jahrgang **Nr. 6/7** **Juni/Juli 1989**

Wer – wenn nicht du; wann – wenn nicht jetzt!

(Chinesisches Sprichwort)

Der Fall, der nach allen Wahrscheinlichkeitsberechnungen nie hätte eintreten dürfen

In der Sowjetunion, im östlichen Ural, ereignete sich ein Unfall, der eigentlich gar nicht hätte passieren können. Eine ganze Anzahl von Zufällen trafen zusammen, um zu dieser furchtbaren Katastrophe zu führen. Eine Flüssiggas-Pipeline, einen Kilometer entfernt von einer Bahnlinie, explodierte, was nach Ansicht der Russen selber bei sorgfältiger Beobachtung und richtiger Reaktion hätte vermieden werden können. Im Augenblick der Explosion begegneten sich zwei Züge an der Stelle, an der die Pipeline parallel zur Eisenbahnlinie verläuft. Diese beiden Züge hätten sich nach dem Fahrplan an dieser Stelle gar nicht begegnen dürfen. Sie taten es dennoch. Man nimmt an, daß ein elektrischer Funken der Waggons erst den Brand des ausgeströmten Propan-Butangas auslöste, das sich in einer Senke gesammelt hatte, da es schwerer als Luft ist. Gorbatschow sagte, wie auch in deutschen Fernsehnachrichten zu hören, daß die Ursache in Verantwortungs- und Disziplinlosigkeit zu suchen sei; wörtlich “Wir müssen unsere Lektion lernen, durch das, was passiert ist. Es ist so schmerzhaft, so erschütternd.“

Die Menschheit kann sich heute überall fragen, wie viele Lektionen sie eigentlich noch braucht, um daraus zu lernen, um daraus wirklich Konsequenzen zu ziehen. Offenbar reicht ein Harrisburg, ein Tschernobyl, explodierte Pipelines, Havarien mit Riesen-Öltankern – und was es sonst noch gibt – nicht aus, um zur Besinnung und Erkenntnis der eigenen Unvollkommenheit zu führen. Seit Einführung des Atomgesetzes haben zumindest in der BRD die Umwelt- und Lebensschützer immer wieder darauf hingewiesen, daß der Faktor Mensch nirgendwo übersehen werden darf und daß dieser Faktor immer ein Unsjcherheitsmoment ist. Der Mensch ist und bleibt unvollkommen, seinen Irrtümern, Schwächen und Fehlern unterworfen und eine noch so gut durchdachte und abgesicherte Technik ist in der Bedienung, Betreuung und Anwendung dem Menschen in die Hand gelegt. Dem gleichen Menschen, der ein so erschreckend unvollkommenes Wesen ist.

Was heute in Rußland geschieht und gestern in einem anderen Land geschah, kann morgen bei uns passieren. Niemand kann sich sicher fühlen. Die Unfälle und ihre katastrophalen Folgen nehmen ein immer größeres Ausmaß an, sie vernichten immer mehr Natur und damit Stück zm Stück der Lebensgrundlagen des Menschen. Sind wir wirklich so dumm bei all unserer Klugheit, daß wir diese einfachen Erkenntnisse und Konsequenzen nicht zu begreifen vermögen?

UHW

Wirtschaftlicher Aufstieg und Naturzerstörung

Einladung zur Jahreshauptversammlung des WSL-D

Wie bereits auf der letzten Bundesvorstandssitzung beschlossen, findet die Jahreshauptversammlung des WSL-D am **16. September 1989** in **Vlotho** statt.
Beginn: 10.30 Uhr im COLLEGIUM HUMANUM

Da bei dieser Jahreshauptversammlung grundlegende Weichenstellungen für die Weiterführung des WSL zu entscheiden sind, bitten wir alle Mitglieder, die hierzu Vorstellungen entwickelt haben, diese uns zuvor schriftlich einzureichen.

Am Sonnabend um 19.30 Uhr: Vortrag zum Gedenkjahr 1989:

40 Jahre Bundesrepublik Deutschland aus ökologischer Sicht. - Wirtschaftlicher Aufstieg und Naturzerstörung

Gelegenheit zur Übernachtung im COLLEGIUM HUMANUM ist gegeben. Am Sonntag vormittag Fortsetzung der Erörterung der Gegenwartsprobleme und ihrer möglichen Bewältigung. Ende der Versammlung mit dem Mittagessen.

Wir bitten um rechtzeitige Anmeldung, spätestens bis Montag, den 11. September 1989, mit Angabe, ob Übernachtung erwünscht ist. Tagessatz für Vollpension 50,– DM

Programm und Tagesordnung der Jahreshauptversammlung:

TOP 1: Eröffnung und Begrüßung durch die Präsidentin
TOP 2: Regularien a) Feststellung der ordg. Einladung
b) Wahl der Protokollführer
c) Wahl der Tagesleitung
d) Wahl der Stimmzähler
TOP 3: Verabschiedung des Protokolls der letzten Versammlung 1987
TOP 4: Bericht über die geleistete Arbeit im Bundesverband sowie den Landesverbänden
TOP 5: Aussprache zu den Berichten
TOP 6: Finanzbericht mit Aussprache
TOP 7: Bericht der Kassenprüfer
TOP 8: Entlastung des Vorstandes
TOP 9: Anträge:
a) Es finden nur noch maximal zwei Bundesvorstandssitzungen im Jahr statt.
b) Beitragserhöhung
c) Neugestaltung der LSI
d) Antrag auf Auflösung
TOP 10: Neuwahlen des Vorstandes
TOP 11: Bauernhilfe des WSL-D
TOP 12: Verschiedenes

„Die Industriegesellschaft ist moralisch am Ende"

Die nachfolgenden Auszüge sind einem Interview der "Weltwoche" vom 1.12.1988 mit José Lutzenberger, dem engagierten brasilianischen Umweltschützer, entnommen, der seit langem mit dem WSL-D und hier vor allem mit E. O. Lohrs zusammenarbeitet.

Am 9. Dezember wird dem Deutsch-Brasilianer José Lutzenberger (62) der **alternative Nobelpreis** verliehen. Die von dem deutsch-schwedischen Journalisten und Europaabgeordneten der Grünen, Jakob von Uexküll, gestiftete Auszeichnung erhalten jedes Jahr Personen oder Gruppen, die "beispielhafte Lösungen zu schwierigen Problemen unserer Zeit" erarbeitet haben. Mit José Lutzenberger ehrt die internationale Jury einen Umweltkämpfer, der seit über einem Jahrzehnt gegen den Pestizideinsatz in der südamerikanischen Landwirtschaft und für den Erhalt der tropischen Regenwälder kämpft.

Bis 1970 war José Lutzenberger als hochrangiger Agrarchemiker beim bundesdeutschen Chemiemulti BASF angestellt. Als Vertreter des Konzerns beriet er erst in Venezuela und später in Marokko Bauern beim Gifteinsatz.

In seiner 13jährigen Tätigkeit bei BASF distanzierte sich Lutzenberger zunehmend vom gängigen Dogma seines Arbeitgebers, die Pflanzenschutzprobleme seien allein mit der Suche nach immer neuen Giften zu lösen. 1970 kündigte Lutzenberger und ging zurück in seine Heimat, nach Porto Alegre in Südbrasilien. Von da an entwickelte sich der ehemalige Schädlingsbekämpfer zum größten Schädling der Pestizidindustrie in Südamerika.

Gleichzeitig mit dem Erhalt des alternativen Nobelpreises erscheint Lutzenbergers erstes Buch *in deutscher Sprache, in dem er mit den Praktiken der Agrarchemie-Konzerne abrechnet, die er hautnah erlebt hat. In seinem Werk belegt er, daß Kritiker der brasilianischen "Agrargift-Mafia" (Lutzenberger) mit schönen Frauen verkuppelt wurden, um anschließend durch kompromittierende Fotos erpreßt zu werden, daß die Pestizid-Lobby in Brasilien eine Alphabetisierungskampagne mit einer Fibel zum Thema Agrargifte durchgeführt hat und daß über Comic-Hefte schon Kinder zum Gifteinsatz erzogen wurden. Dank zahlreicher Erfolge gilt José Lutzenberger heute als der bekannteste Umweltschützer in Südamerika."

***José Lutzenberger/Michael Schwartzkopff: Giftige Ernte – Tödlicher Irrweg der Agrarchemie. Zum Beispiel Brasiliens. Eggenkamp-Verlag, Greven (BRD), 312 Seiten.**

In dem Gespräch wird Lutzenberger gefragt, wieso es nicht mehr sogenannte Industrieaussteiger gäbe. Als Antwort weist Lutzenberger auf das wissenschaftliche Establishment hin, in dem man sich vornehmlich damit abgibt, die Dinge darzustellen und zu erklären, aber nur sehr selten eine Bereitschaft entwickelt, für die eigenen Erkenntnisse sich auch öffentlich zu engagieren.

In seinem Buch ***"Giftige Ernte – Tödlicher Irrweg der Agrarchemie, zum Beispiel Brasilien"*** *stellt Lutzenberger dar, wie die Agrarchemie geradezu mit dem Tode spielt. Er macht dazu in dem Interview folgende Ausführungen.:*

"In der Medizin und im Pflanzenschutz ist die Einstellung heute dieselbe, wie die des Automechanikers. Der freut sich, wenn die Autos kaputtgehen, dann kann er sie reparieren und Teile ersetzen. So ist es auch mit der Medizin. Es wird immer nur versucht, wie wir das, was passiert, heilen können. Doch die Grundvoraussetzung ist falsch. Es geht nicht darum, Teufelchen zu bekämpfen, es geht darum, gesunde Pflanzen zu ziehen und so gesehen lebt die Chemie tatsächlich von der Krankheit. Sie fördert die Krankheit sogar noch. Wenn ich in der Landwirtschaft wasserlösliche konventionelle Kunstdünger einsetze, dann bringe ich nicht nur das Bodenleben durcheinander. Ich bringe den Stoffwechsel der Pflanze in ein Ungleichgewicht. Dadurch wird die Pflanze erst richtig anfällig für Schädlinge. Dieselben Firmen verkaufen dann die Insektizide, die Fungizide, die Nematozide. Am Ende, wenn wir alle krank sind, verkauft uns die Chemie ihre Medikamante. Wenn das nicht eine Verschwörung ist, weiß ich nicht, was es sonst sein könnte."

"Die allergrößte Verschwörung bahnt sich jetzt an. In den letzten 20 Jahren hat die Pestizidindustrie weltweit die Saatgutfirmen aufgekauft. Jetzt will die chemische Industrie es so weit treiben, wie es heute schon bei den Hähn-

Aus dem Inhalt **Seite**

chen der Fall ist, daß es nicht mehr Rassen, sondern nur noch Marken gibt. Man will möglichst ein Paket auf den Markt bringen, wo der Bauer ein Samenkorn kriegt, welches schon in Düngemitteln, in Fungizide, Insektizide und Herbizide eingehüllt ist, wobei dieses Saatgut auch noch gegen diese Gifte resistent ist. Das ist doch eine teuflische Verschwörung. Man will damit den Bauern noch abhängiger machen".

Lutzenberger gibt auch praktische Beispiele, wie in der Klimazone Brasiliens biologisch-organisch gearbeitet werden kann:

"Die organisch arbeitenden Bauern praktizieren das schon seit langem. Wenn ich in einer Kaffeekultur eine grüne Decke von Leguminosen anlege, brauche ich keinen Stickstoff mehr. Oder im Mais: Ich lasse den Mais eine gewisse Größe erreichen, ca. 30 - 40 cm. Dann säe ich eine schnell wachsende Leguminose ein, zum Beispiel Mucuna. Damit bekomme ich eine wunderbare grüne Masse unter dem Mais und kommen unter Umständen mit ganz billigen und einfachen Mineraldüngern aus, wie zum Beispiel mit Urgesteinsmehl."

Lutzenberger führt dann weiter aus, daß nur mit solchen Methoden die große und wachsende Bevölkerung Brasiliens zu ernähren sei, während die gegenwärtige Chemoindustrie in der Landwirtschaft eher den Hungertod beschleunige. Lutzenberger wendet sich auch gegen eine totale Streichung aller Schulden für Brasilien, das ja zu den höchst verschuldeten Ländern der Welt gehört. Er möchte eine vernünftige Lösung für dieses Problem haben und stellt sich dabei vor, daß zum Beispiel der brasilianischen Regierung gesagt wird, "hier werden soundsoviel Millionen oder Milliarden abgeschrieben, aber ihr müßt als Gegenwert in Landeswährung zum Beispiel für eine vernünftige Landwirtschaft das Geld ausgeben.

In Amazonien gibt es heute schon Millionen von Hektar Land, die gerodet wurden, doch die Leute, die da darauf sitzen, können nur überleben, indem sie jedes Jahr mehr Urwald roden. Daher die große Verwüstung.

Heute finden sie Millionen von Hektar verlassenen Landes mit Gestrüpp drauf, das nichts produziert. Wir müssen also diesen Leuten zeigen, wie sie die Bodenfruchtbarkeit wieder aufbauen können. Das geht nur mit den Methoden des organischen Landbaus. Die Technik ist bekannt, sie geht jedoch gegen das herrschende Paradigma, und deshalb geschieht nichts. Aber in Brasilien hätten wir heute die Chance. Selbst das Beratungssystem im Bundeslandwirtschaftsministerium und in den Landesregierungen ist bereit, jetzt umzuschalten."

"Denn", sagt Lutzenberger, "das Image der Chemie ist in Brasilien kaputt. Jetzt kommt alles darauf an, die Bauern sinnvoll zu beraten. Das tun wir, so gut wir können."

Während man in Europa versucht, einzelne Höfe für die Umstellung zu gewinnen, geht Lutzenberger in Brasilien anders vor. Er versucht durch Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit zunächst einmal die Bauern zu bewegen, 5 oder 10% weniger Gift einzusetzen und wenn das hunderttausend Bauern tun, ist das ein weitaus größerer und schnellerer Erfolg, als wenn er einzelne Höfe umstellen könnte, was sicher sehr viel langsamer gehen würde.

Zum Abschluß des Interviews wird die Frage behandelt, was die Europäer tun könnten, außer daß sie auf wertvolle Tropenhölzer verzichten. Lutzenberger sagt dazu:

"Was die Europäer, was wir alle machen müssen, ist, unser Entwicklungsmodell unter die Lupe zu nehmen. Die moderne Industriegesellschaft ist eine fanatische Religion, ist eine messianische Bewegung, die heute bereits den gesamten Planeten erfaßt hat. Sie hat als Grunddogma die Idee, eine Rettung komme allein von der Technik. Wo immer diese missionarische Bewegung mit noch einigermaßen intakten anderen Kulturen in Kontakt kommt, werden diese sofort demoralisiert und kaputtgemacht. Warum wird der Regenwald vernichtet? Weil die moderne Industriegesellschaft eine äußerst begrenzte Ethik hat. Unsere Ethik bezieht sich nur auf die zwischenmenschlichen Beziehungen, die Beziehung Mensch-Natur ist nicht darin enthalten. Es ist für uns keine Sünde, das gesamte Amazonasgebiet zu vernichten. Es kann ein technischer Fehler sein, aber eine Sünde ist es nicht.

Ausgegangen ist diese teuflische Philosophie von Europa und dann von den USA. Solange sich das Denken hier nicht ändert, werden wir die Welt vernichten. Wir müssen lernen, daß die Erde ein lebendiger Organismus ist, daß wir Teile dieses Organismus sind."

Besonders wichtig ist in dem Gespräch mit Lutzenberger auch sein Hinweis auf die Zusammenhänge der Wirtschaftskonzepte mit der Umweltzerstörung. So sagt Lutzenberger:

"Ja, wenn wir unser jetziges Wirtschaftsmodell weiterführen wollen, das uns in den Abgrund treibt. Wenn wir aber eine vernünftige Welt haben wollen, dann müssen wir uns fragen, ob wir die Schulden überhaupt abtragen wollen oder sollen? Heute ist es so, daß ihr Europäer, die Amerikaner und die Japaner mit euren Steuergeldern dazu beitragt, die Regenwälder, die ganze Welt durch Weltbankgelder und direkte Kredite an unsere Regierungen zu verwüsten. Bald werdet ihr, wenn es zu den absehbaren Klimaverschiebungen kommt, noch einmal bezahlen müssen, diesmal mit eurer Haut.

Bei uns in Südbrasilien, da wechseln sich jetzt schon Dürre und Überschwemmungen ab. Wir verlieren eine Ernte nach der anderen. Was nützt uns ein Klima, in dem es am Strand wunderschön ist, wenn wir daneben kein Essen mehr produzieren können? Unsere Schulden weiterhin durch noch mehr Verwüstung und klimatische Schäden abzubauen ist völlig sinnlos."

Kurzmitteilungen aus der Schweiz

Verlorene Wasserstoffbombe am Meeresgrund zerplatzt

Genauso könnte es mit der Endlagerung von radioaktivem Abfall im Meer passieren.

Tokio, 15. Mai. (ap) Eine vor 24 Jahren vom amerikanischen Flugzeugträger "Ticonderoga" im Pazifik verlorene Wasserstoffbombe hat **nach einem Bericht des amerikanischen Verteidigungsministeriums dem hohen Wasserdruck nicht standhalten können und ist zerplatzt. Ihr radioaktives Material habe sich innerhalb kurzer Zeit auf dem Meeresboden abgesetzt**, heißt es in dem Bericht, der am Montag vom japanischen Außenministerium in Tokio veröffentlicht wurde. Es stelle keine Belastung für die Umwelt dar. Die japanische Regierung, die in der vergangenen Woche von Washington Auskunft über die verlorene H-Bombe verlangt hatte, kündigte eine Überprüfung möglicher Umweltschäden an. Außenminister Uno sagte, Japan akzeptiere die Versicherung der Vereinigten Staaten, daß keine Gefahr bestehe. Es sei jedoch notwendig, einige Punkte von Experten klären zu lassen.

Neue Züricher Zeitung (NZZ) vom 17.5.89 Fernausgabe Nr. 110

Japans Regierung wegen Luftverschmutzung verklagt

Tokio, 26. Dez. (Reuter) Die Einwohner der westjapanischen Stadt Amagsaki haben die Regierung und neun Firmen wegen Luftverschmutzung verklagt. Ein Anwalt der Gruppe teilte mit, seine Klienten verlangten einen Schadenersatz von 11,78 *Milliarden Yen (rund 700 Millionen* Franken). **Die 483 Kläger** werfen den Fabriken vor, Stickstoffdioxid und andere giftige Stoffe freigesetzt zu haben. Der Regierung wird zur Last gelegt, für die Luftverschmutzung mitverantwortlich zu sein, die die **über 210 000 Autos täglich** auf den Autobahnen um Amagsaki verursachen.

Den Firmen sei bekannt gewesen, daß die Giftstoffe eine bedeutende Gesundheitsgefährdung darstellen, erklärten die Anwälte weiter. **100 365 Einwohner von Amagsaki seien bis Ende 1986 an Asthma erkrankt.** Die Gruppe will zunächst erreichen, daß die Firmen über eine einstweilige Verfügung zur Verminderung der Luftverschmutzung gezwungen werden.

NZZ vom 28.12.88
Fernausgabe Nr. 302

****

Der Osten entdeckt den Umweltschutz

Westen soll Vorhaben finanzieren

In den osteuropäischen Ländern setzt sich langsam die Erkenntnis durch, daß der heute **unterlassene Umweltschutz morgen doppelt und dreifach bezahlt werden muß.** Westliche Umweltschützer hegen daher die vorsichtige Hoffnung, daß die Ostblockländer im laufenden Jahr zumindest einige der Umweltschutzversprechungen einlösen werden, **berichtet die Zeitschrift "Ostwirtschaftsreport".**

Das "neue Denken" in der Umweltpolitik hat neben ökologischen auch wirtschaftliche Gründe. Der bedenkenlose Umgang mit umweltgefährdenden Sättigungstechniken zeigt bereits schwere negative Auswirkungen: Allein in **der UdSSR verursachen die Umweltschäden jährlich Verluste von 50 Mia. Rbl.**, aber nur ein Zwanzigstel dieser Summe wird derzeit in diesen Sektor investiert. Auch in der CSSR wird offiziell zugegeben, daß die Industrieemissionen jährlich einen Schaden von 6 Mia. Kr. verursachen.

Verbal wurde dem Umweltschutz in Osteuropa schon lange hohe Priorität eingeräumt. Die Verhandlungen über Umweltschutzausrüstungen haben sich jedoch bisher mühselig hingezogen. Eine Änderung dieser Situation *wäre für die einschlägige westliche Industrie sehr erfreu*lich. An Vorschriften und Messwerten fehlt es nicht – woran es mangelt, sind Devisen. Als nichtproduktiver Wirtschaftszweig bringt der Umweltschutz keinen unmittelbar faßbaren Gewinn und ist nur schwer in den Produktionsplan einzubeziehen. Auch wenn strenge Emissionsvorschriften bestehen, ist es für den osteuropäischen Betrieb oft billiger, Strafen zu zahlen als die notwendige Ausrüstung anzuschaffen. Das könnte sich rasch ändern, wenn der Westen die nötigen Mittel zur Verfügung stellen würde. Vor kurzem haben einige skandinavische Länder den Vorschlag gemacht, über die Nordisk Investment Bank einen Fonds zu gründen, der an Osteuropa Kredite zur Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen vergeben könnte. Hinter der Großzügigkeit stehen natürlich auch eigene Interessen: Die Abwässer aus Polen, der CSSR und der DDR verschmutzen große Teile der Ostsee.

Bei der Jahresversammlung der Konvention zur Kontrolle der grenzüberschreitenden Umweltverschmutzung in Sofia wurde Ende 1988 ein neues Protokoll verabschiedet. Es ist das Ergebnis mehrjähriger Verhandlungen; es wurde mit der Uno-Wirtschaftskommission erarbeitet und soll von allen europäischen Ländern unterzeichnet werden. Bisher ist es jedoch bei der Ankündigung geblieben. Auch die bilateralen Protokolle zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR bzw. der CSSR sowie zwischen Österreich und der CSSR werden nur schleppend in die Tat umgesetzt.

NZZ vom 10.5.89
Fernausgabe Nr. 105

****

Aids: Werden Regionen in Afrika bald entvölkert?

Düstere Prognosen bei internationaler Konferenz in Kanada

Die Zahl der Aids-Kranken wird nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bis 1993 auf eine Million steigen. Derzeit leiden 500 000 Menschen an der Immunschwächekrankheit, die erstmals 1981 erkannt wurde. Die tödliche Krankheit habe noch längst nicht ihren Höhepunkt erreicht, warnte Jonathan Mann, Direktor des Aids-Programms der WHO, zum Auftakt der 5. Internationalen Aids-Konferenz in Montreal. Die Seuche breite sich weiter ungehindert aus.

Sambias Präsident Kenneth Kaunda warnte in der Eröffnungsrede davor, daß ganze Regionen Afrikas eines Tages entvölkert sein könnten, wenn nicht bald Heilmittel gegen die Immunschwächekrankheit Aids gefunden würden. Kaunda verglich die Krankheit mit der Atombombe und forderte die Supermächte zugleich auf, die Milliarden Dollar, die sie für die Nuklearrüstung ausgeben, in die Aids-Forschung umzuleiten. Der Staatspräsident weiß, wovon er redet: Einer seiner sechs Söhne, Masuzgo Gwen, war im Dezember 1986 an Aids gestorben. Der Präsident hatte dies zunächst für über ein Jahr geheimgehalten, sich dann aber an die Spitze einer Bewegung in der Dritten Welt gesetzt, die sich für eine verstärkte internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen die Seuche einsetzt. Die Wahl Kaundas als Eröffnungsredner sollte einen Schwerpunkt der Tagung deutlich machen: Die Auswirkungen von Aids auf Leben, Gesellschaft und Ökonomie in den Entwicklungsländern.

Aids-Experte Mann rechnet damit, daß fünf bis zehn Millionen Menschen infiziert sind, ohne bislang Symptome zu zeigen. Die 90er Jahre würden mit Blick auf den Aids-Erreger HIV schlimmer als die 80er Jahre werden, möglicherweise "viel schlimmer", sagte er. "Wir brauchen alles an Wissen, Talent und Tatkraft der modernen Wissenschaft, um diesem globalen Problem entgegentreten zu können".

Die Seuche dehne sich zur Zeit noch auf immer neue Länder aus, sie bleibe dynamisch. Thailand, Indien oder Westafrika seien nur einige der Nationen und Regionen, in denen Wissenschaftler eine besorgniserregende Zunahme von HIV-Infektionen beobachtet hätten. Die 10 000 Teilnehmer der Konferenz, die noch bis Freitag andauert, werden unter anderem über die Entwicklung von Medikamenten zur Behandlung der Krankheit diskutieren.

DIE WELT 6.6.1989

Und jetzt Temelin!

Die wichtigste Unterschrift seit Ihrem "EinWAAnd".

In Temelin an der Moldau, nahe Budweis, 50 km vor der österreichischen Grenze, entsteht das größte Atomkraftwerk Mitteleuropas. Die Katastrophe von Tschernobyl hat gezeigt, daß atomare Bedrohung keine Grenzen kennt. Tschernobyl befindet sich 30 mal weiter von Österreich entfernt, als Temelin. Als AKW-Standort liegt Temelin mitten in Österreich! 100 km vor der Großstadt Linz, 70 km vor Freistadt. Mit unkalkulierbaren Klimawirkungen schon im sogenannten Normalbetrieb. Nach der EinWAAnd-Aktion gegen die WAA Wackersdorf fordern wir jetzt einen sofortigen Baustopp für das Atommonster in Temelin.

PLATTFORM-NEWS Nr. 6/89
An einen Haushalt. P.b.b.
Verlagspostamt 5020 Salzburg
Erscheinungsort Salzburg

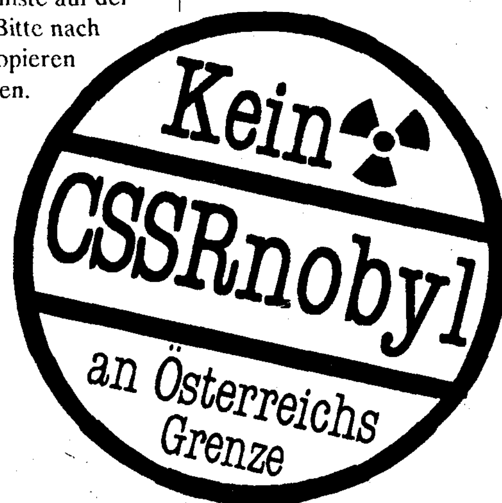
Wir fordern:

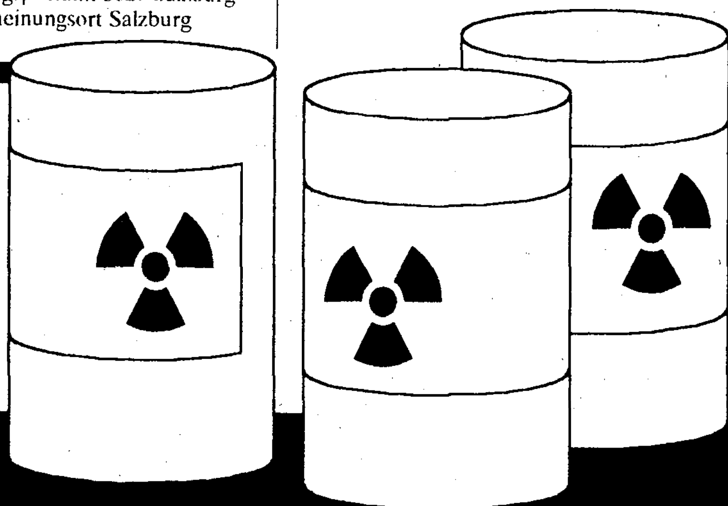
- **Sofortiger Baustop für das AKW Temelin!**
- **Keine Stromschiene fürTemelin in Österreich!**

Unterschriftenliste auf der letzten Seite. Bitte nach Möglichkeit kopieren und weitergeben.

Sammelstellen:

Bürgerservice im Schloß Mirabell
Bürgerbüro Kaigasse und
Plattform, Arenbergstr. 10

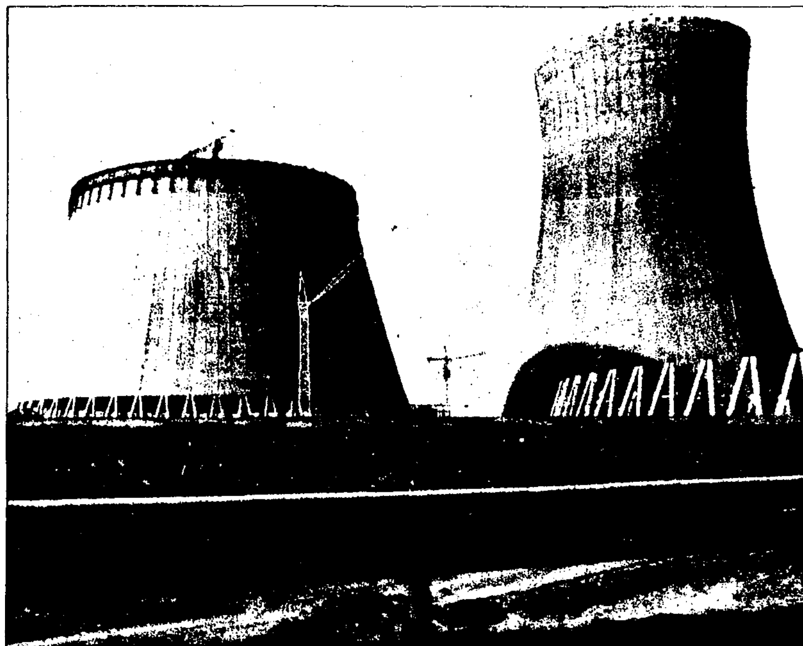




PLATTFORM

Eine Information der Überparteilichen Salzburger PLATTFORM.

Nah am Feuer



Fünfzig Kilometer vor der österreichischen Grenze entsteht Mitteleuropas größtes Atomkraftwerk. Auf geologischen Bruchstellen und mit sparsamster Sicherheitsausstattung. Während die Tschernobyl-Wolken noch die 30fache Strecke zurücklegen mußten, um Österreich auf unabsehbare Zeit mit radioaktiv strahlendem Glanz zu versehen, wären wir bei einem Temelin-Unfall mitten im Katastrophengeschehen. Der "eiserne Vorhang" schützt uns zuverlässig. Vor schneller Benachrichtigung.

Wo ist Temelin ?
Nur 50 km vor der österreichischen Grenze, ca. 100 km nördlich von Linz und je ca. 180 km sowohl von Salzburg als auch von Wien entfernt. Zum Vergleich: Tschernobyl ist rund 1.500 km entfernt und von Salzburg zur WAA Wackersdorf sind es etwa 150 km.

Inbetriebnahme
Die beiden ersten Reaktor-Blöcke sollen 1995 in Betrieb gehen, zwei Jahre später als ursprünglich geplant. Die zwei weiteren Blöcke sollen zur Jahrtausendwende folgen. Wir haben also noch eine zeitliche Chance, den Baustopp durchzusetzen!

Reaktortyp
In Temelin soll das größte Atomkraftwerk Mitteleuropas entstehen: Vier Reaktorblöcke mit je 1.000 Megawatt Leistung, insgesamt also 4.000 Megawatt Leistung. Vorgesehen sind sowjetische Druckwasserreaktoren der Bauart WWER-1000.

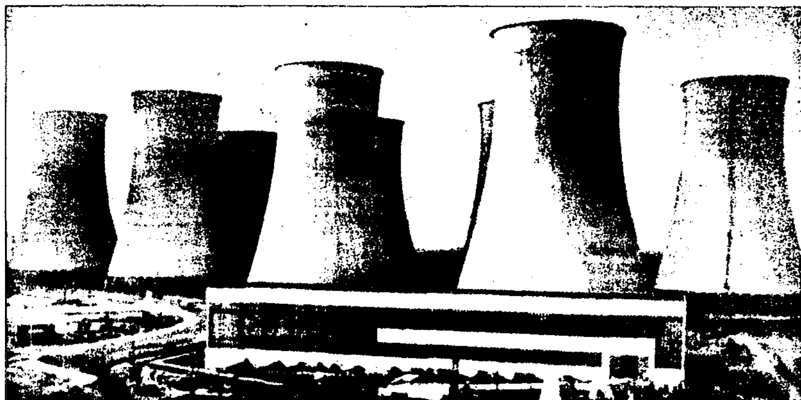
Die Risiken
Aus geheimen Störfallberichten der IAEA, der International Atomic Energy Agency Wien, geht hervor, daß bei diesem Reaktortyp bereits Störfälle eingetreten sind, die auf mangelnde technische Reife hinweisen. Bei Druckwasserreaktoren, auch wenn sie dem neuesten westlichen Stand der Technik entsprechen, sind eine Reihe von Unfällen möglich, die zur Kernschmelze führen können, verbunden mit dem frühzeitigen Versagen der Sicherheitshülle innerhalb nur weniger Stunden. Solche Unfälle können beispielsweise durch Dampf- und Wasserstoffexplosionen entstehen. In Temelin werden weder die Druckfestigkeit der Sicherheitshülle (Containment) noch die Verläßlichkeit der Notkühlsysteme auch nur annähernd westlichem Standard entsprechen. Zum Vergleich: In Tschernobyl sind 3,5% des radioaktiven Materials ausgetreten, bei einem gleichen Unfall in Temelin könnten lt. einer Greenpeace-Studie konstruktionsbedingt fast 80% des strahlenden Inventars austreten!

Einsparungen bei der Sicherheit
Aus Ersparnisgründen soll in Temelin für je zwei Reaktorblöcke nur ein Sicherheitsgebäude errichtet werden. Bei defektem Sicherheitssystem wären gleich zwei Reaktoren unkontrollierbar. Im Sicherheitssystem selbst stellen außerdem das Schnellabschaltesystem und das Notkühlsystem besondere Schwachpunkte dar. Das Atomkraftwerk wird im übrigen weder erdbebensicher gebaut, noch wird es gegen einen Flugzeugabsturz oder Raketenangriff gesichert sein. Wie denn auch?

Schwachpunkt Fachpersonal
In der CSSR gibt es derzeit einen extremen Mangel an qualifiziertem Fachpersonal. In tschechoslowakischen Atomkraftwerken arbeiten Spezialisten bis zu sechzehn Stunden täglich. Zum Vergleich: In Deutschland darf das Bedienungspersonal höchstens sechs Stunden am Tag im Einsatz sein. Übermüdung spielte auch beim Gau in Tschernobyl eine große Rolle: Die überlasteten Angestellten reagierten bei den ersten Anzeichen der Panne leichtsinnig und fahrlässig.

Erdbebengefährdung
International zugängliche Unterlagen der Akademie der Wissenschaften in Prag zeigen, daß sich Temelin in einem erdbebengefährdeten Gebiet befindet und aus geologischer Sicht als AKW-Standort ungeeignet ist. Etliche junge Brüche verlaufen in der Region um Temelin entlang der Moldau, und ein alter, tiefer Bruch geht mitten durch das Baugelände. In den vergangenen 200 Jahren wurde diese Region immer wieder von kleineren Beben heimgesucht, sie gilt sogar als die bewegteste und geologisch unruhigste Zone der ganzen CSSR.

Klimaveränderungen auch in Österreich
Zu Kühlzwecken sollen 16 Kubikmeter Moldauwasser pro Sekunde dem Atomkraftwerk zugeführt und verdampft werden. Die dabei entstehenden gigantischen Wasserdampfschwaden werden zum Teil radioaktiv versetzt sein. In einem slowakischen hydrologischen Gutachten wird die Zunahme der Luftfeuchtigkeit und des Niederschlages um 10% vorhergesagt. Nebel- und



Atomnachbar CSSR: Im Bild die Atomanlage Jaslovske Bohunice in der westlichen Slowakei. 1976 und 1977 kam es zu schweren Störfällen. Die Messergebnisse der verseuchten Umgebung werden bis heute geheim gehalten. Am Ortsfriedhof gibt es über 50 gleichgestaltete Gräber die lt. Auskunft der Friedhofsverwaltung von den Kraftwerksbetreibern finanziert wurden. Funkbild: SN/APA

Fortsetzung Seite 11

Aufruf zur Verteidigung der Naturheilmittel

Willkür im Bundesgesundheitsamt (BGA)

Die chemisch-pharmazeutische Großindustrie wird nervös. Trotz aufwendiger Vertrauenswerbung in den Medien provoziert der Slogan "Nichts geht ohne Chemie" zunehmend Mißtrauen. Gewiß: In der modernen Industriegesellschaft geht vieles nur mit Chemie. Aber noch mehr ginge besser ohne Chemie. Die Groß-Chemie und die ihr hilfreichen Politiker sind wesentlich verantwortlich für die Denaturierung unserer Lebensgrundlagen Luft, Boden und Wasser.

Auch das Vertrauen in synthetische Medikamente sinkt rapide: Gefährliche Nebenwirkungen, schwere Gesundheitsschäden bis hin zu Todesfällen, und die Marktrücknahme zuvor hochgelobter chemischer Pharmaka sprechen für sich.

Die Bürger durchschauen immer mehr die grenzenlose Anmaßung der chemisch-pharmazeutischen Großindustrie als "letzten Samariter" am Totenbett der Menschheit.

Der Dünkel der Pharma-Konzerne

In den sechziger Jahren verkündete ein Film "die lautlose Revolution" der PHARMA-INFORMATION, Basel, einer Propagandagemeinschaft der Pharma-Konzerne Ciba-Geigy, Sandoz und Hoffmann La Roche:

> "Dem Tempo, mit dem wir unsere Umwelt verändern, können unsere natürlichen Anpassungsmechanismen nicht folgen. Körperlich werden wir noch für ein Leben als Jäger und Sammler programmiert sein, wenn es auf dieser Erde längst nichts mehr zu jagen und zu sammeln gibt.
> Dieses immer weitere Auseinanderklaffen zwischen Umweltbedingungen und biologischer Eignung ist die Ursache für 80 Prozent aller Krankheiten in diesem Teil der Welt... Obwohl viele gefährliche Krankheiten verschwunden sind, wird die Menschheit nicht gesünder. Auch wenn die echte Zahl der Kranken unbekannt bleibt.
> Viele leben mit einem Medikament recht gut und fast beschwerdefrei. Wir erreichen eine Art Anpassung, indem wir durch zum Teil **jahrzehntelange Medikation die Symptome unseres Verfalls niedrig halten.** Der Herzkranke ist eingestellt auf eine bestimmte Tagesdosis seines Medikamentes. Der Zuckerkranke lebt mit seiner Insulinspritze, Neurotiker und Depressive leben mit Psychopharmaka, Blutdruck, Verdauung, Schlaf und Stimmung werden künstlich reguliert."

Empörte Kritik an der gottähnlichen Selbstdarstellung der Pharma-Chemie führte zur Zurücknahme des Films.

Naturheilmittel zunehmend gefragt – Gegenaktion des BGA

Gegenüber der "Tabletten-Chemie" verbreitet sich begründetes Mißtrauen. Die Nachfrage nach Naturheilmitteln wächst. Schon jetzt hat der überwiegende Teil der Bevölkerung in der BRD zu natürlichen Arzneien mehr Vertrauen als zu synthetischen Medikamenten.
Über Jahrhunderte bewährte Heilmittel gewinnen wieder an Bedeutung. Die moderne Naturheilmittelforschung bietet Arzneien von erwiesen hohem therapeutischen Nutzen an.

In dieser Phase fortschreitender Hinwendung zur Naturheilkunde beabsichtigt das BGA natürliche Arzneien vom Markt zu nehmen. Dieses Amt, die für den gesundheitlichen Verbraucherschutz verantwortliche Bundesoberbehörde, ist "schon seit Jahren immer wieder in Skandale verstrickt und deshalb umstritten" **(Die Placebo-Behörde", DIE ZEIT, 8. Juli 1988).**

Der jüngste Fall betrifft die Beziehungen zwischen BGA und dem Asbest-Hersteller ETERNIT. Hier erhebt der Bundesrechnungshof schwere Vorwürfe gegen das Amt. Bonn muß prüfen, ob auch strafrechtliche Maßnahmen geboten sind.

Die **PRO-PHARMA-INFORM (PPI), Nr. 10/89 fragt: "Läßt sich das BGA manipulieren?"**
Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth hält Organisation und Management im Bundesgesundheitsamt für reformdürftig.
In einem am 31. Mai 1989 veröffentlichten Schreiben an Bundesgesundheitsministerin Ursula Lehr fordert Späth, das BGA-Institut für Arzneimittel nach Überprüfung durch den Bundesrechnungshof zusätzlich von einer Unternehmensberatungsfirma unter die Lupe nehmen zu lassen (Apotheker-Zeitung, 5. Juni 1989).

Am 10. August 1988 kündigte das BGA seine Absicht an, ca. 2.500 PyrrolizidinAlkaloid(PA)-haltige pflanzliche Heilmittel vom Markt zu nehmen, bleibt aber **bis heute jede wissenschaftliche Begründung schuldig** für die Vermutung krebsverursachender oder leberschädigender Wirkung von PAs beim Menschen.
Laborversuche an Versuchstieren, die mit extrem hohen, praktisch nie aktuellen Dosen isolierter Pyrrolizidin-Alkaloide und PA-haltigen Pflanzen bis zur Zwangsernährung traktiert wurden, führten je nach Tierart zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen.
Das BGA mußte aber eingestehen: Die jahrelange Beobachtung einer gegenüber PA-haltigen Pflanzen hochexponierten Bevölkerung – die Comfrey(Beinwell)-Esser in verschiedenen Ländern – hat keinerlei Hinweise einer erhöhten Toxizität oder Cancerogenität erbracht. Das BGA will Arzneizubereitungen aus über Jahrhunderte bewährten Heilpflanzen mit winzigem PA-Gehalt vom Markt nehmen, aber vergleichsweise sehr hoch PA-haltige Pflanzen und Produkte im Lebens- und Genußmittelbereich belassen.
Das ist unter dem Gebot des gesundheitlichen Verbraucherschutzes ebenso absurd wie Grundgesetz-widrig.

Zu den weit verbreiteten PA-haltigen Lebensmitteln zählt z.B. Borretsch (Borago, eine seit Jahrhunderten bekannte, auch als Arzneimittel genutzte) Gewürzpflanze, die heute in keinem Angebot von Gemüsegeschäften und Supermärkten fehlt.
Huflattich (Tussilago farfara), als altbekanntes natürliches Heilmittel bewährt, soll ebenfalls vom Markt verschwinden. – Noch im März 1986 hatte das BGA eine Standardzulassung für Huflattich erteilt!
Aber auch Bienenhonig enthält Pyrrolizidinalkaloide (die renommierte wissenschaftliche **Fachzeitschrift SCIENCE, Februar 1977, S. 497-499).**

Das BGA und der Rechtsstaat

Die Bundesoberbehörde verstößt mit einer nicht alltäglichen Bedenkenlosigkeit zum Nachteil von Herstellern und Verbrauchern natürlicher Arzneimittel gegen Recht und Gesetz.
Das BGA verschweigt gegenüber ca. 1000 betroffenen Unternehmen, im Widerspruch zu selbstverständlichen Praktiken bei Gericht, Verwaltungsbehörden und in der Wissenschaft, für die vier vom Amt beigezogenen Sachverständigen-Gutachten die Namen der verantwortlichen Verfasser, Angaben über deren Ausbildung und Berufstätigkeit, sowie Ort und Datum der Erstellung der Gutachten. Damit ignoriert das BGA § 24, Abs. 3 des Arzneimittelgesetzes (AMG).

Das BGA verweigert seit Monaten unter Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör das Recht auf Akteneinsicht.

Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des am Verfahren zum Verbot von Naturheilmitteln wesentlich beteiligten Institutes für Arzneimittel im BGA verfaßte für den Ansagedienst der Ärztekammer Berlin den Text einer Warnung vor natürlichen Arzneien! (Februar 1989). Ein Beamter darf sich aber zu einem schwebenden Verfahren nicht zu Wort melden!

Den größten Skandal zum gesundheitlichen Verbraucherschutz leistet sich das BGA seit Bestehen des Amtes:
Auf die Frage, "welche **im Ausland nicht zugelassenen Arzneimittel dürfen** – mit welcher Begründung durch das BGA – **in der BRD vertrieben** werden," antwortete die Bundesoberbehörde:

"Dem Bundesgesundheitsamt ist nicht in jedem Fall einer Zulassung nach § 21 AMG bekannt, ob und ggfs. in welchem Land ein Zulassungsantrag für ein identisches Arzneimittel gestellt wurde und wie die dortige Arzneimittelbehörde über diesen Antrag entschieden hat. Dies gilt naturgemäß insbesondere dann, wenn ein Antrag gestellt, aber von der ausländischen Behörde abgelehnt wurde. Da dem Bundesgesundheitsamt keine ausreichenden Daten vorliegen, sieht es sich zur Beantwortung dieser Frage außerstande" (Schreiben vom 6.3.89, Ak.Z.: GZS 41-7140-07-751/7).

Kein Bürger hat die Gewißheit, daß seine Gesundheit in der BRD vor Medikamenten geschützt ist, die im Ausland verboten sind! Einmal mehr haben wir Anlaß, auf das nicht erfüllte Grundgesetz hinzuweisen: "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit" (Art. 2, Abs. 2, S. 1 GG).

So praktiziert das BGA als verantwortliche Bundesoberbehörde unter der Dienstaufsicht des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG) gesundheitlichen Verbraucherschutz in der Bundesrepublik Deutschland!
Und dies, obwohl das BGA von jedem Antragsteller für die Zulassung eines Medikamentes – unter Hinweis auf etwaige strafrechtliche Folgen und Androhung hoher Geldstrafen – eine eidesstattliche Versicherung darüber verlangen könnte, ob die Zulassung des betreffenden Arzneimittels im Ausland bereits verweigert bzw. das Produkt vom Markt zurückgenommen wurde.

Das Vorgehen der BGA gegen Naturheilmittel wird von Dogmatikern der chemischen Pharmakologie unterstützt. Einer der eifrigsten Repräsentanten dieser Art, Prof. Schönhöfer, Bremen, verbreitete in der tendenziösen Ausstrahlung des Senders FREIES BERLIN (SFB) "Krebs durch Naturheilmittel?" am 6. Mai 1989 über pflanzliche Arzneien: "Und nun ist es leider so bei diesen Pflanzen, **daß an konkretem Nutzen nichts da ist."**
Sogar das Bundesgesundheitsamt mußte das Gegenteil bestätigen.

Gegen Prof. Schönhöfer wurde Anzeige wegen öffentlicher Verleumdung (§ 187 StGB) erstattet (Staatsanwaltschaft in Bremen, Akt.-Z.: 14 Js 15885/89).

Rechts- und Gesetzesverletzungen des Bundesgesundheitsamtes und die Säumnisse des Bundesgesundheitsministeriums bei der Dienstaufsicht über das BGA werden dem Deutschen Bundestag unter Erinnerung an die Kontrollaufgaben der Volksvertretung gegenüber der Exekutive unterbreitet.

Es gilt, pseudowissenschaftlichen und rechtswidrigen Angriffen auf altbewährte, natürliche Heilmittel und die Naturheilkunde insgesamt mit allen Mitteln im Rahmen des Rechtsstaates zu begegnen.

Wir müssen die Öffentlichkeit, vor allem Verbraucher biologischer Arzneien, über alle amtlichen Vorhaben gegen die alternative Medizin und unsere Reaktion aufklären.

Es ist u.a. vorgesehen, gegen rechtswidrige Erschwernisse für Naturheilmittel, Abbau der Therapiefreizeit u. a. m. durch das Gesundheits-Reformgesetz (GRG) vom 20. 12. 88 Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht zu erheben.

Aufdringliche Spendenappelle waren noch nie unsere Sache. Jetzt aber müssen wir Anhänger der Naturheilkunde sowie Hersteller und Verbraucher natürlicher Arzneien mit allem Nachdruck bitten:
Unterstützen Sie in Ihrem eigenen Interesse unsere bei aller Sparsamkeit mit hohen Unkosten verbundenen Aktivitäten (wissenschaftliche Gutachten, rechtliche Maßnahmen, Druck von Informationen, Inserate usw.).
Lassen Sie uns gemeinsam die legitime Naturheilkunde verteidigen und festigen!

Der WSL, Bundesverband Deutschland e.V., führt ein Spendenkonto "Naturheilmittel" unter Nr 15 556 300 (Bankleitzahl 490 621 12) bei der Volksbank Vlotho sowie beim Postscheckkonto Hannover Nr. 29 49-307. Bitte Stichwort "Naturheilmittel" nicht vergessen. Bescheinigungen für steuerabzugsfähige Spenden werden ausgestellt.
Für den WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS (WSL), Bundesverband Deutschland e.V.
Vlotho
und die
GESELLSCHAFT FÜR LEBENS- und UMWELTSCHUTZ E.V. GÖTTINGEN
Dr. jur. Ewald Gaul

Strafanzeige gegen Professor Schönhöfer

Die Naturheilbehandler haben in ihrem Kampf um den Erhalt der Heilpflanzen mächtige Mitstreiter bekommen. Die Gesellschaft für Lebens- und Umweltschutz e.V., Liegnitzer Weg 4a, 3400 Göttingen, und der Weltbund zum Schutz des Lebens, Bundesverband Deutschland e.V., Postfach 1165, 2720 Rotenburg/Wümme, haben durch ihren Justitiar Dr. jur. Ewald Gaul, Mönchstr. 7, 7506 Bad Herrenalb-Rotensohl, Strafanzeige gegen Professor Dr. Peter Schönhöfer, St. Jürgen-Klinik, St. Jürgen-Str., 2800 Bremen, wegen öffentlicher Verleumdung (§ 187 StGB), mit dem Antrag, das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung zu bejahen, eingereicht.

Endlich einmal wurden den ständigen diskriminierenden und verleumderischen Äußerungen des Professors Schönhöfer über die Naturheilkunde deutliche Zeichen entgegengesetzt, frei nach dem Motto: es gibt eine Grenze jenseits derer jede Toleranz Dummheit ist.

Herrn Professor Schönhöfer geht es nicht um die sachliche Diskussion, sondern ihm ist alles recht, wenn es nur der Naturheilkunde schadet. Für mich hat er für diese Behauptung selbst den Beweis dadurch erbracht, wie er sich in Sachen Zelltherapie und THX-Therapie verhalten hat. Als derzeit die Zelltherapie vom Markt genommen werden mußte, riefen verunsicherte Patienten in der Dienststelle des Herrn Professor Schönhöfer an, um sich über THX-Serum aufklären zu lassen. Diesen Patienten wurde dringend empfohlen, die Finger von THX-Behandlungen zu lassen, da dieses Serum gleichermaßen gefährlich sei. Es können zu den gleichen Behandlungszwischenfällen wie allergische Schocks, Infektionen mit Slow-Vieren etc. kommen, wie bei der Zelltherapie.

Ich habe damals in der hiesigen Presse durch richtigstellende Artikel versucht, dieser Falschinformation aus behördlicher Quelle entgegenzuwirken. Schließlich habe ich der hiesigen Gesundheitsbehörde in einem Schreiben die Unterschiede zwischen Zelltherapie und THX dargelegt, wissenschaftliches Material zur Beweisführung herangezogen. Es nützte alles nichts. Die Falschinformation seitens des Herrn Schönhöfer hörte nicht auf.

Besteht der Wille zur Objektivität?

Heute ist mir klar, daß Herr Professor Schönhöfer gar nicht willens ist, sich in Sachen Nalturheilkunde objektiv zu informieren. Wenn jemand nicht bereit ist, wissenschaftliches Material zur Kenntnis zu nehmen, um sachlich richtig zu informieren, dann läßt sich dies nur durch Voreingenommenheit und tendenziöse Absichten erklären. Eine Behörde sollte sich eigentlich ihrer Verantwortung bewußt sein, die sie gegenüber dem Bürger trägt. Wenn sich jemand über diese Selbstverständlichkeit hinwegsetzt, kann man dieses Verhalten nur als skrupellos bezeichnen, dem es mit solchen Strafanzeigen zu begegnen gilt.

Wie skrupellos dieser Mann ist, geht auch aus seinen Äußerungen hervor, die er in einem Interview mit dem Sender FREIES BERLIN ab 06.05.1989 um 16.40 Uhr machte. Auf die Frage, warum denn das BGA nicht viel früher in Sachen PA-haltige Heilpflanzen tätig geworden sei, antwortet Herr Professor Schönhöfer: "weil bei den Naturheilmitteln eine enorm starke Lobby vorhanden ist in den politischen Parteien vom Spektrum links bis rechts. Es gibt Naturheilapostel auf der linken Seite im grünen Spektrum. Es gibt sie auf der rechten Seite noch aus der Zeit von 1933 bis 1945." Diese Behauptung ist eine Ungeheuerlichkeit. Hier wird nicht nur allen jenen, die für die Naturheilkunde eintreten, Lobbyismus und falsches Aposteltum unterstellt, sondern sie werden auch noch in die Nähe von Rechtsradikalismus und Faschismus gebracht, denn nichts anderes kann ja wohl die Bemerkung auf den Zeitraum von 1933 – 1945 bedeuten. Hier hört jede Toleranz auf. Hier geht es darum, solchem Meinungsterror die Schranken zu weisen. Es ist erschreckend, diese Äußerung des Herrn Professor Schönhöfer vor dem Hintergrund zu lesen, daß dieser Mann im Falle einer rot-grünen Regierungskoalition als gesundheitspolitischer Sprecher vorgesehen ist. Wenn solche Leute an die Schalthebel kommen, dann ist zu befürchten, daß in Deutschland die Lichter ausgehen. Wenn es schon jetzt um die Objektivität dieses Wissenschaftlers so übel bestellt ist, wie soll es dann erst werden, wenn er ein Amt erhält, von dem ja der Volksmund sagt: "Wem Gott ein Amt gegeben, dem raubt er den Verstand."

Was bringen Tierversuche?

Aber zurück zum Interview. Da wird Herr Professor Schönhöfer vom Interviewer des SFB gefragt, wie es um die Übertragbarkeit der Daten aus Tierversuchen steht hinsichtlich der karzinogenen PA-haltigen Substanzen dieser Pflanzen. Professor Schönhöfer antwortet: "Ja, das kann man (man kann die Daten übertragen), weil die Art und Weise, wie Krebs entsteht, also die Zellen die Kontrolle über ihr Wachstum verlieren, sowohl bei der Tierzelle wie bei der Menschenzelle gleich ist. Und es gibt keine begründete Möglichkeit zu sagen, beim Menschen läuft das anders ab."

Wir kennen die Fragwürdigkeiten tierexperimenteller Ergebnisse. Wenn sie wirklich so sicher übertragbar wären, dann hätte es ja wohl keinen Contergan-Skandal gegeben. Und wenn man weiß, daß z.B. Arsen, das im Menschen zu einer Lähmung der feinen Blutkapillaren, zum Gewebszerfall von Leber, Nieren und Blutäderchen führt, vom Schaf dagegen in großen Mengen toleriert wird, daß Belladonna mit 2 Gramm zum sicheren Tod des Menschen führt, Hunde und Katzen aber das Hundertfache dessen ohne Nebenwirkungen vertragen, daß Blausäure, die das Atemzentrum des Menschen lähmt, vom Schwein ohne Komplikationen vertragen wird, daß das Huhn 200 000 mal mehr Tetanus-Toxin verträgt als ein Pferd, daß Kaninchen Knollenblätterpilze ohne Nebenwirkungen vertilgen, die Ratte Botulismus-Erreger akzeptiert, dann kann man doch wohl nicht sagen, daß die Zellen des Tiergewebes genauso reagieren wie die Menschenzellen. (nach Bach, Sinn der Krankheit)

Würde man einen cis-moll-Ton als Dauerton in entsprechender Lautstärke senden, so würde der Mensch ihn als störend empfinden, getreu dem Zitat von Wilhelm Busch: "Musik wird oft als störend empfunden, weil sie mit Geräusch verbunden." Das Geräusch des Moll-Tons innerhalb des Musikstücks trägt zur harmonikalen Gehörempfindung bei. Nimmt man Salzsäure isoliert und tropft sie auf die Haut, so wird die Haut geschädigt. Im Verbund der übrigen Magensäfte ist Salzsäure physiologisch. Nimmt man Kolibakterien isoliert, werden sie vom Körper als Feinde betrachtet, im Gesamtverband des Darmmilieus sind sie physiologisch.

Ist Naturheilkunde eine Glaubensfrage?

Warum ich diese Beispiele bringe? Nun, weil Herr Professor Schönhöfer in diesem Interview wiederum mit der Mär hausieren geht, die isolierten Stoffe der Pflanzen hätten die gleiche Nebenwirkung wie der Wirkstoff im Gesamtverband. Er meint dazu: "das sei eine Glaubensfrage. Die Befunde, die die Wissenschaft hat, sprechen dagegen. Es sind einzelne Stoffe, die bestimmte Wirkungen an der Zelle am Gesamtorganismus auslösen. Und ob sie nun begleitet sind von Stoffen, die nichts tun oder nicht, das balanciert sich nicht aus. Ein Giftstoff wirkt als Einheit allein."

Da fragt man sich natürlich, warum Osterluzei, Rauwolfia über Jahrhunderte ihre segensreiche Wirkungen erzielen konnten, ohne schädigende Nebenwirkungen. Die Erfahrung spricht gegen Herrn Professor Schönhöfer, der sich offensichtlich mit diesen Erfahrungen überhaupt nicht beschäftigt hat, "weil nicht sein kann, was nicht sein darf". In geradezu starrsinniger Form wird hier mit wissenschaftlichen Daten operiert, die jeder Gründlichkeit Hohn sprechen.

In der indischen Ayurveda-Medizin und in der chinesischen Kräuter-Medizin werden hochgiftige Substanzen verwendet. Indem sie mit anderen Substanzen gemischt werden, indem sie besonders zubereitet werden, wie z. B. durch Kochen, wird dieses Gift neutralisiert und entfaltet eine Heilwirkung. Auch diese über Jahrhunderte gemachten Erfahrungen werden von diesem Wissenschaftler völlig ignoriert.

Außerdem sagt Herr Professor Schönhöfer nichts über die geradezu wahnwitzigen Dosen, mit denen man experimentiert hat, die letzten Endes jeden Stoff zu Gift machen können, getreu des über 400 Jahre geprägten Grundsatzes von Paracelsus "nichts ist Gift und alles ist Gift. Was Gift ist, bestimmt allein die Dosis". Wenn man mit dem Hunderttausendfachen der Normaldosis an PA arbeitet, darf man sich nicht wundern, daß nach diesem paracelsischen Grundsatz bzw. entgegen der Hahnemannschen Dosen-Lehre, pathologische Gifte dabei herauskommen. Auch mit Osterluzei geschah das ja. Man gab den Versuchsratten weit überhöhte Dosen.

Recht sonderbar ist auch die Argumentation von Herrn Professor Schönhöfer, was die Nutzen-Risiko-Betrachtung betrifft. So sagt er: "Wenn wir etwa mit PA Krebserkrankungen behandeln könnten und dann nachweislich das Leben verlängert wird, dann würde man das Risiko durchaus in Kauf nehmen.

Wenn man nach diesem Grundsatz handeln würde, müßte man ja gerechterweise wohl auch die Chemotherapie verbieten, von der namhafte Wissenschaftler behaupten, daß es nicht sicher sei, daß sie das Leben verlängere, wohl aber den Patienten mit schrecklichen Nebenwirkungen quäle.

Doch weiter zu den Zitaten von Herrn Professor Schönhöfer. So behauptet er "im Bereich der, sagen wir, beurteilenden Sicherheitswissenschaft, sagt man, wo ist der Nutzen, wie kann ich ihn handfest machen. Und den Nutzen wäge ich gegen den möglichen Schaden ab. Und nun ist es leider so bei diesen Pflanzen (PA-haltigen Pflanzen), daß an konkretem Nutzen nichts da ist."

Hier werden in Bausch und Bogen die segensreichen Wirkungen von Heilpflanzen, die seit Jahrhunderten im Gebrauch sind, einfach vom Tisch gewischt, weil sich dieser Wissenschaftler mit diesen Pflanzen überhaupt noch nicht beschäftigt hat. Wer so etwas behauptet, daß konkreter Nutzen nicht da sei, handelt leichtfertig. Es gehört zur Sorgfaltspflicht des Wissenschaftlers, sich mit allen Aspekten eines Themas vertraut zu machen, bevor er dazu eine Aussage macht. Dies trifft insbesondere zu für Wissenschaftler, die in der Öffentlichkeitsarbeit stehen. Wer gegen diesen Grundsatz verstößt, disqualifiziert sich selbst als Kapazität, auf die Herr Professor Schönhöfer Anspruch erhebt.

Diese Sendung mit Professor Schönhöfer gewinnt insbesondere dadurch noch eine tendenziöse Note, daß die Aussagen vor dem Hintergrund von Aufnahmen des Kytta-Werkes Sauter GmbH, Alpirsbach, erfolgten. Dadurch wird im Unterbewußtsein des Zuschauers eine Verbindung zwischen den negativen Aussagen des Herrn Professor Schönhöfer und den Produkten dieses Pharma-Herstellers hergestellt. Wir sollten den Klage erhebenden Parteien für ihre Initiative dankbar sein. Und ich meine, wir sollten die Dankbarkeit auch dadurch beweisen, indem wir diese Institution durch unsere Mitgliedschaft unterstützen. Nur zusammen können wir ein Ziel erreichen, das uns allen am Herzen liegt, die Naturheilkunde vor solchen unqualifizierten Angriffen wie die des Professor Schönhöfer, zu schützen.

Hans Höting, Bremen, Naturheilpraktiker

Nach Bürgervotum erstmals US-Atomkraftwerk abgeschaltet

SACRAMENTO (SN, dpa.) Sacramento in Kalifornien ist die erste Gemeinde der USA, in der Bürger in einer Abstimmung die Abschaltung eines Kernkraftwerkes verlangt und durchgesetzt haben. Die Leitung des Atomkraftwerkes "Ranco Seco" in der Nähe von Sacramento begann schon am Mittwoch mit der Abschaltung. Die Anti-Atom-Bewegung wertete die Entscheidung als "Waterloo" der amerikanischen Kernkraftindustrie. Mit 53,6 zu 46,6 Prozent hatte sich am Dienstag eine Mehrheit der Einwohner dafür ausgesprochen, das 15 Jahre alte Kernkraftwerk stillzulegen, das schon mehrmals ausgefallen war. Etwa 200.000 der 531.000 Wahlberechtigten hatten sich an der Abstimmung beteiligt.

Warnung vor blauem Dunst

Zwei Meinungen! Beide Zuschriften aus DIE WELT 6.6.1989

In Brüssel hat man es beschlossen: massive Warnaufdrucke auf Zigarettenpackungen für die Raucher in der Europäischen Gemeinschaft ab 1993. Was versprechen sich die Gesundheitsminister davon?

Sie haben sich ein klares Ziel gesteckt: Bis zum Jahr 2000 soll der Aschenbecher verschwunden sein aus Büros und Wohnstuben, so, wie einst der Spucknapf verschwand. Die EG-Gesundheitsminister begründen ihre Kampagne mit 440 000 Tabaktoten pro Jahr in der Gemeinschaft und mit den die Tabaksteuer weit übersteigenden Folgekosten.

Nichtraucher können aufatmen. Die Raucher – sozial geächtet, Schwierigkeiten im Beruf und in der Brust die Angst um die eigenen (!) Lungenbläschen – versuchen jetzt zunehmend loszukommen von ihrem Laster. Die Zahl der Qualmer geht ständig zurück.

"Das Rauchen in der Öffentlichkeit sollte ebenso verbannt werden wie seinerzeit das Spucken während der Tuberkulose-Epidemie unter den Briten", sagte unlängst Prof. Dr. Victor Hawthorn von der Universität Glasgow.

**Dr. Ulrich Hempel,
Vorstandsmitglied im Ärztlichen
Arbeitskreis Rauchen und
Gesundheit e.V.,
Mannheim**

"Warnung vor Krebs"; WELT vom 17. Mai

Die Brüsseler Eurokratie bemüht sich nach Kräften, auch das letzte bißchen Glaubwürdigkeit in die Qualität europäischer Politik zu verspielen. Sie verordnet mit den EG-weit geforderten Warnhinweisen auf Zigarettenpackungen staatlichen Horror und sollte es eigentlich besser wissen. Da nützt es auch nichts, wenn sie die Weltgesundheitsorganisation mit den von ihr errechneten angeblichen Rauchertoten in der EG als Kronzeugen bemüht.

Wie wenig ernst diese Organisation ihre eigenen Angaben nimmt, wird daraus deutlich, daß sie vor Jahresfrist von weltweit 1,5 Millionen "Rauchertoten" sprach, heute von 2,5 Millionen.

Der "kleine Unterschied" von einer Million spielt offenbar keine Rolle, wenn es nur um die richtige Propagandawirkung geht. Mit Wissenschaft hat das nichts zu tun, und es ist bedauerlich, daß sich Institutionen mit hoher öffentlicher Autorität zu dieser billigen Angstmache versteigen.

Tatsache ist, daß man überhaupt keine derartige Rechnung aufstellen kann, weil es keine Ursache-/Wirkungs-Beziehung zwischen Rauchen und Krankheit gibt. Dies scheint auch der Bundesgesundheitsministerin anläßlich der Ministerratstagung in Brüssel bewußt gewesen zu sein. Nicht von ungefähr hatte sie darauf gedrungen, die Texte der Warnhinweise durch andere glaubwürdige Texte zu ersetzen. Sie fand mit ihrem Anliegen keine Mehrheit.

Künftig wird der Verbraucher durch amtlich abgesegnete Falschinformationen über die Folgen seines Tuns belehrt. Wehe dem privaten Hersteller eines Produktes, der eine solche irreführende wahrheitswidrige Informationspolitik betriebe. Die Verbraucherverbände würden ihn zu Recht vor den Kadi zerren.

**Dr. König,
Verband der
Cigarettenindustrie,
Hamburg 13**

beide Zuschriften aus DIE WELT 6.6.1989



Glatteisbildung sowie die Verringerung der Sonnenscheindauer um 130 Stunden pro Jahr sollen weitere Folgen sein. Da bei einer Leistung von 4.000 Megawatt 8.160 Megawatt Abwärme an die Atmosphäre abgegeben werden, also mehr als das Doppelte, wird sich laut zitiertem Gutachten die Temperartur im Jahresmittel um mindestens 0,3 Grad Celsius bzw. im Extremfall sogar um einige Grade erhöhen.

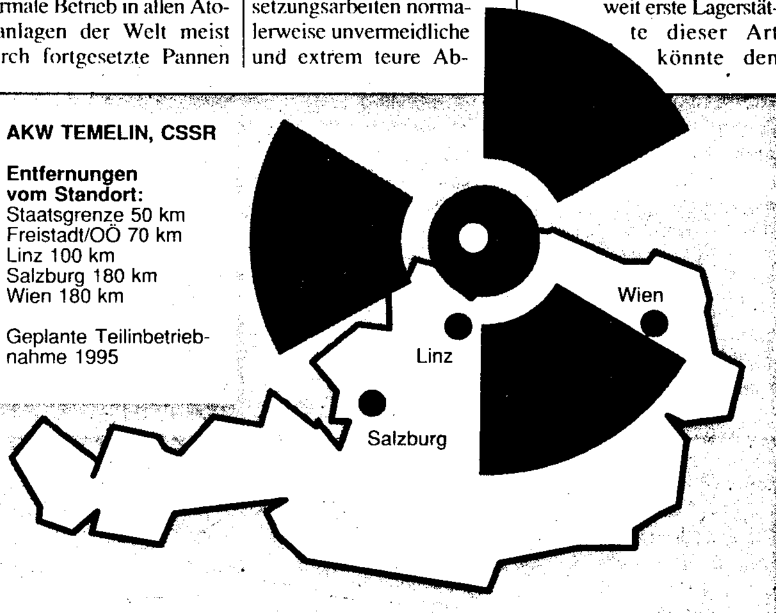
Der "Normalbetrieb"
Abgesehen davon, daß der normale Betrieb in allen Atomanlagen der Welt meist durch fortgesetzte Pannen und Störfälle gekennzeichnet ist, würden die Reaktoren in Temelin schon im tatsächlich ungestörten Normalbetrieb sehr hohe Mengen radioaktiver Strahlung freisetzen. Der Reaktortyp gibt, verglichen mit den Druckwasserreaktoren in der BRD, bis zur zehnfachen Menge radioaktive Edelgase an die Umwelt ab und gar das Hundertfache an Jod- und Strontium-Isotopen.

Die Problematik der Grenzwerte
Die tschechische Strahlenschutzverordnung sieht viel zu hohe Grenzwerte vor. Sowohl für den Normalbetrieb und erst recht für den Störfall. Zum Vergleich: Der Grenzwert für die maximale Belastung der Menschen ist in Österreich 150 mal niedriger angesetzt als in der CSSR. Ein nach österreichischer Auffassung bereits schwerwiegender atomarer Unfall könnte in der CSSR als kleine Panne abgetan und damit trotz Informationsabkommen verschwiegen werden. Die sorglose bis menschenverachtende Politik des Staates zeigt sich bei dieser Einschätzung des zumutbaren Gesundheitsrisikos für die Bevölkerung wohl deutlich genug.

Wirtschaftlicher Druck
Es ist zu befürchten, daß der große wirtschaftliche Druck, unter dem die CSSR steht, verhindert, daß jedem Störfall eine angemessene Sicherheitsüberprüfung folgt. Die im Zuge von Instandsetzungsarbeiten normalerweise unvermeidliche und extrem teure Abschaltung eines Reaktorblocks zählt nicht zum Selbstverständnis östlicher AKW-Betreiber. Nachweislich wurden AKWs in Ungarn und der DDR aus wirtschaftlichen Gründen während sehr risikoreicher Druckprüfungen der Reaktortanks in Betrieb belassen ("Der Standard", 21.10.88, Seite 2). Bleibt anzumerken, daß selbst in der wirtschaftlich starken BRD Vergleichbares geschieht. Prestigegründe des atomaren Exportlandes kommen hinzu. So wurde das AKW Biblis nach dem ein Jahr lang verheimlichten schweren Störfall von 1987 wider alle Vernunft nicht stillgelegt.

Wohin mit dem Atommüll?
Verträge zur Übernahme des anfallenden Ost-Atommülls werden vom Vertrags-Partner Sowjetunion längst nicht mehr eingehalten. Die CSSR plant und baut bereits jetzt an einem atomaren Endlager, direkt an der österreichischen Grenze zwischen Gmünd und Sandl. Die weltweit erste Lagerstätte dieser Art könnte den "Atomfreistaat" Österreich förmlich unterspülen: Im Rahmen des tschechischen Endlagers soll es u.a. zur Verpumpung von flüssigem Atommüll kommen.

VÖEST auf Atomkurs
"Wir sind weltweit eines der führenden Unternehmen im Bereich der Nukleartechnik", verkündete Österreichs größte Staatsfirma. Nachdem sich im Westen seit Tschernobyl kaum noch strahlende Geschäfte mit Reaktorzubehör machen lassen "müssen wir uns dorthin orientieren, wo es einen Markt für unsere hochqualifizierten Produkte gibt - eben die CSSR", vermeldete Pressesprecher Orasch. Durch diese eher im Stillen abgewickelten Geschäfte wird jeder offizielle österreichische Protest gegen grenznahe Atomanlagen vollkommen unglaubwürdig. Aber Österreichs atomarer Trauergemeinde nach Zwentendorf passen Arbeitsplatzargumente für atomare Mitmach-Parolen ausgezeichnet ins Konzept. Wenigstens so gut wie der längst verwirklichten "Europäischen Gemeinschaft der Waffenhersteller".



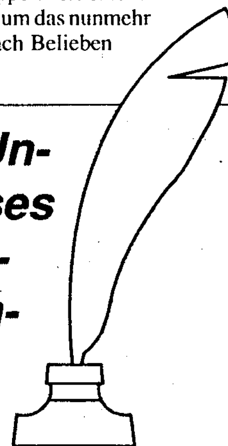
Österreichs Verbundgesellschaft will das Mühlviertel mit 60-Meter-Masten verzieren. Der "Stromwiderstand" steigt.

Atomstromschiene quer durch das Mühlviertel

Das Atomkraftwerk Temelin wird nach dem Vollausbau mit vier Reaktoren nur zur Hälfte für den CSSR-Bedarf produzieren. Obwohl die Verbundgesellschaft regelmäßig dementiert, wird tatsächlich eine 380 kV Hochspannungsleitung zwischen dem oberösterreichischen Ernsthofen über St. Pantaleon und Freistadt nach Temelin geplant. Der Zeitplan stimmt "zufällig" mit den Fertigstellungsterminen in Temelin überein. Mit dieser Stromschiene ermöglicht Österreich der CSSR den Eintritt in das europäische Stromnetz und der E-Wirtschaft lukrative Stromtauschgeschäfte Grundlast gegen Spitzenstrom. Österreich macht sich dadurch an der Lebensbedrohung durch Temelin mitschuldig! Daß Hochspannungsleitungen in der Nähe von Wohnhäusern nach wissenschaftlichen Berichten den Bewohnern zusätzliche Krebsrisiken aufbürden, macht die Strompiste auf der geplanten Linie doppelt verneinenswert. Österreich ist zu dicht besiedelt, um das nunmehr erkannte Gefahrengut Strom nach Belieben transit passieren zu lassen.

Unterstützen Sie die österreichweite Unterschriftenaktion gegen den Bau dieses atomaren Monsters in Temelin und gegen die Errichtung der Verbund-Stromschiene nach Temelin auf österreichischem Gebiet.

Weitere Informationen auf der nächsten Seite.



UNTERSCHRIFTEN-LISTE

Mit unserer Unterschrift fordern wir die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, endlich vehement gegen den Bau des Atommonsters Temelin sowie gegen alle grenznahen Atomanlagen aufzutreten und alle Völker- und zivilrechtlichen Schritte einzuleiten.



- **Sofortiger Baustop für Temelin!**
- **Kein Stromtransit von Temelin durch Österreich!**

Bitte Vor- und Zuname, Adresse, Unterschrift:

EILT!

Bitte ausschneiden und einsenden an PLATTFORM, Arenbergstr. 10, 5020 Salzburg.

Was tun Österreichs Politiker dagegen?
Laut glaubhafter Aussage des Vizechefs der tschechoslowakischen Atombehörde haben österreichische Regierungsvertreter bei diversen Besuchen in Prag noch nie ein Argument gegen den Bau der Grenzkraftwerke vorgebracht. Zwar existiert seit 1984 ein Vertrag zwischen Österreich und der CSSR über die gegenseitige Information über "Kernanlagen in der Nähe der gemeinsamen Staatsgrenze". Das geniale Papier überläßt es allerdings dem atomaren Nachbarn, darüber zu befinden, was "grenznah" ist. Bis jetzt hat die CSSR nur das Atomkraftwerk von Dukovany, 35 km vor der Grenze, als österreichnah erkannt. Nach den Erfahrungen von Tschernobyl kann man jedenfalls davon ausgehen, daß die radioaktiven Wolken Österreich schneller erreichen werden als die vertraglich vereinbarten Vorwarnungen. Denn weiß es erst Ö3, wissens auch die Menschen der Tschechei.

Was wir tun können
Nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofes bezüglich der Klage des Waldviertler Bauern Johann Mair gegen ein im Bau befindliches CSSR-AKW bestehen nun echte juridische Chancen im Kampf gegen Temelin, da Österreichs Gerichte zuständig sind und zur Vollstrekkung des Urteils CSSR-Vermögen in Österreich exekutiert werden könnte.

Wachsender Widerstand auch in der CSSR
Auch gegen das AKW Temelin wird der Widerstand von der Bürgerrechtsbewegung Charta 77 angeführt. Es findet ein ziemlich reger Informationsaustausch mit österreichischen Atomgegnern statt. Budweiser Aktivisten verschickten hunderte Postkarten mit Informationen zu Temelin. Kindergärtnerinnen und Lehrerinnen haben nach Tschernobyl wegen der heimlichen Beimengung von Jod in die Schulmilch offen gestreikt. Der Wissenstand der breiten Bevölkerung in der CSSR ist jedoch sehr gering. Viele in der Gegend von Temelin glauben, daß dort nach Öl gesucht wird. Umso interessierter wurden die im August 1987 von Österreich in die CSSR mit Hilfe von Luftballons hinübergeschickten zweisprachigen Flugblätter aufgenommen und weitergereicht. Die Tschechen empfangen bis Prag die österreichischen Fernseh- und Radiosendungen, daher ist jede objektive Information im ORF von großem Nutzen. Wir dürfen die Atomgegner in der CSSR nicht im Stich lassen! Wir müssen sie gegen das AKW Temelin, genauso wie die Oberpfälzer gegen die WAA-Wackersdorf, mit unseren demokratischen Mitteln unterstützen!

Kein CSSRnobyl an Österreichs Grenze!

Gibt es Alternativen?
Ja: "Inbetriebnahme" der größten ungenutzten Energiequelle: Energiesparen. Mit der Investitionssumme für Temelin ließe sich nach Berechnungen der "Charta 77" doppelt soviel Energie einsparen als Temelin erzeugen kann. Die CSSR hat einen gigantischen Energie-Prokopf-Verbrauch, der vor allem auf den Einsatz veralteter Maschinen, schlechte Wärmedämmung und riesige Abwärmeverluste zurückzuführen ist. In den meisten Wohnungen in der CSSR kann die Heizung von den Bewohnern gar nicht reguliert werden!

Ja: Einsatz aller bereits existierenden technischen Umweltschutzmaßnahmen bei den bestehenden Kraftwerken. Die Braunkohlekraftwerke haben hauptsächlich wegen des extrem hohen Schwefelausstoßes zu einem massiven Waldsterben in der CSSR geführt. Der Einbau hochwertiger Filter wäre jedoch möglich und billiger. Mit dem AKW Temelin würden zudem die riesigen radioaktiven Wasserdampfschwaden das Baumsterben beschleunigen.

Wir alle sind für unsere Zukunft verantwortlich!
Nahe unserer Grenze sind Atomkraftwerke in Betrieb und es werden weitere gebaut. Österreichische Firmen beteiligen sich am Atomgeschäft. Wir leisten uns eine Reaktorsicherheitskommission, die sich aus lauter Atombefürwortern zusammensetzt. Verträge über einen Informationsaustausch bei Störfällen sind zu wenig! Informationen über geplante Neubauten sind zu wenig! Diplomatische Protestnoten sind zu wenig! Angeblich dürfen wir uns nicht in die souveränen Angelegenheiten eines Nachbarstaates einmischen. Wir aber fragen, wo unsere Souveränität bleibt, wenn beim nächsten Super-Gau weite Teile unseres Landes radioaktiv verstrahlt werden.

Quelle: "Temelin, Provisorische Informationsbroschüre der Überparteilichen Aktionsgemeinschaft Notwehr gegen Temelin" und der "Mütter gegen Atomgefahren" in Linz.

Spendenkonto:
PLATTFORM, "Wir tun was gegen TEMELIN", Salzburger Sparkasse, Konto 63.024.

Weitere Unterschriften-Listen erhalten Sie jederzeit kostenlos!

PLATTFORM NEWS 6/89
Impressum: Verleger und Herausgeber: IÖAG-Salzburg, Rottmayrg. 25, 5020 Salzburg. Druck: Oberndorfer Druckerei. PLATTFORM-Büro: Arenbergstr. 10, 5020 Salzburg, Tel. 0662/75492
Nachdruck erwünscht.

Ökologische Briefe - eine Bilanz 1979 – 1989

Gertraude Krankenhagen, die 10 Jahre lang die Ökologischen Briefe, sicher manchem unserer Leser ebenfalls bekannt, herausgegeben hat, teilt die letzte Ausgabe ihres Briefes jetzt im Frühjahr 1989 mit. In diesem letzten Brief gibt sie eine Übersicht und Zusammenstellung des Inhaltes dieser 10jährigen Korrespondenz, in der noch einmal ein Abriß der Entwicklung der politischen Ökobewegung, wie sie von der außerparlamentarischen Opposition zur Partei wurde, gegeben wird. Es wird dabei auch noch einmal ins Gedächtnis gerufen, wie kurz der Zeitraum war, in dem eine wirkliche ökologische Politik erhofft werden konnte. Im Nachfolgenden geben wir den unter dem Datum Oktober 1980 und Februar 1981 zusammengestellten Bericht wieder.

Okt. 1980 *Die verworrene Situation der letzten Monate forderte eine 1/2 jährige Pause, bis die Briefe wieder erscheinen konnten. Herbert Gruhl trat aus der Partei "Die Grünen" aus, weil er die Programme, die in Dortmund und Saarbrücken beschlossen wurden, nicht mehr mittragen wollte. Er gab in einem Fernseh-Interview darüber Auskunft und nicht zuletzt prangerte er die unrealistischen Versprechungen der Grünen an, die nicht klar genug machten, daß eine ökologische Politik eindeutig von den Bürgern Verzichte verlange. Es könne wohl eine Stabilisierung des Wohlstandes auf heutigem Niveau geben, aber keine ständige weitere Erhöhung. Durch diese Versprechen würde die Partei unglaubwürdig und damit verliere auch er, ziehe er daraus keine Konsequenzen, seine Glaubwürdigkeit.*

Auf der Suche nach einem Ausweg wurde die Idee einer "Grüne Förderation" geboren. Sie sollte nicht gegen die Partei "Die Grünen" antreten, sondern die Teile der grünen Bewegung auffangen, die an der Sache der Ökologie im weitesten Sinne interessiert sind. So war daran gedacht, Bürgerinitiativen u. ä. durch geeignete Vertreter in kleineren Föderationen zu koordinieren: diese wiederum sollten sich auf Landesebene organisieren, um damit mit jeweils 2 Vertretern auf Bundesebene vertreten zu sein. Wie diese Organisation im Einzelnen aufzubauen wäre, erläutert in dieser Folge Wolf-Dieter Hasenclever, Michael Bader und Olaf Dinné. Es schien dies die einzige Möglichkeit, das ursprüngliche Konzept der Partei zu retten, um es nicht von all den Gruppen, die plötzlich in der Partei ihre Vorstellungen hochspielten, zerstören zu lassen.

"In eigener Sache" legte ich meinen Standpunkt dar, warum ich mit der grünen Föderation zusammenarbeite und bat darin alle Leser, die Briefe im Bundesgebiet zu verteilen, wo immer dies möglich sei, damit die Diskussion über fachlich fundierte Beiträge eine immer breitere Basis fänden.

Auch das Impressum wird geändert in "Mitteilungsblatt der Grünen Föderation, Redaktion: Herbert Gruhl, Olaf Dinné, Gertraude Krankenhagen."

Februar 1981. *Mit einer fast verzweifelt zu nennenden Aktion wird versucht, die ursprüngliche Idee der Partei in die grüne Föderation hinüberzuretten. Ein neuer Beginn ist die einzige Möglichkeit. Die Süddeutsche Zeitung schreibt über die grüne Partei am 20.1.81 u.a. "Die bunten haben sich vom Trittbrett der grünen Straßenbahn ins Wageninnere vorgearbeitet. Wenn sie auch noch nicht den Fahrer stellen, so stehen sie doch hinter ihm als Berater."*

1982 wurde dann die ÖDP begründet und 1989, wie Sie auch in unserem Lebenschutz-Informationen nachlesen konnten, fand wieder eine Trennung zwischen Gruhl und der Partei statt, wobei ein größerer Teil der Mitglieder sich Herbert Gruhl anschloß und ebenfalls in der Restpartei keine Heimat mehr zu haben meinte. In ihrem letzten Brief weist Gertraude Krankenhagen noch einmal darauf hin, daß der Mensch heute nicht nur schwerwiegend in seine Umwelt einzugreifen vermag und dies auch tut, sondern dabei ist, auch in seine eigene Gegebenheit einzugreifen, seinen eigenen genetischen Bauplan zu verändern. Sie fährt dann wörtlich fort: "In beiden Plänen möchte der Mensch zum Selbst, zum Schöpfer werden und die Welt, in die er eingebunden ist, neu ordnen. Daß bei dieser Neuordnung die Ökonomie weit vor der Ökologie rangiert, mußten wir in den letzten Jahren schmerzlich erfahren; also auf die menschliche Vernunft zu hoffen, wäre fatal, denn die endet bei vielen Menschen am Rand ihres Geldbeutels. Wir müssen uns vielmehr klar werden über unsere Eingebundenheit, unsere Abhängigkeit, woher wir kommen und wohin wir gehen: also über die Begrenztheit und Endlichkeit unserer Existenz: Neue Religiösität? Nein! Ein neues Bewußtsein der Verantwortung den Dingen und Wesen gegenüber, die uns umgeben und die die Grundlage unseres Lebens sind und das nur **mit** der Natur und nicht **gegen** sie möglich ist."

Hier müßte nun die weiterführende Diskussion ansetzen, warum keine neue Religiosität? Wobei allerdings zunächst zu klären sein wird, was unter 'neue Religiosität' zu verstehen ist. Sicher nicht ein Eingebundensein in Kirche und Konfessionen. Wohl aber, wie schon so oft in den LSI von verschiedenen Seiten behandelt, ein neues Bewußtwerden der geistigen Hintergründe des Menschen, ein Orientieren der materiellen Existenz an der geistigen, wie es jahrtausende lang Inhalt des menschlichen Lebens war. Das wurde in früheren Zeiten Religion genannt. Insofern brauchen wir auch eine neue Religiosität.

Industrieumwelt und Mensch

Werden wir durch Industrieabgase, –abfälle und Pestizide vergiftet, amüsieren wir uns zu Tode oder vernichten wir uns selber durch unmäßigen Konsum, Drogen und Unbeweglichkeit?
Vor allem aber – wie können wir gegensteuern? Mit derlei Fragen befassen sich die Merkblätter des Vereins für ein erweitertes Heilwesen, Bad Liebenzell, die auch folgenden Text veröffentlichten.

"Die Technik frißt ihre Kinder"

Unter diesem Titel hielt der bekannteste Medienforscher Amerikas, Prof. Neil Postman von der Universität New York, kürzlich in Köln einen Vortrag. * Auch hat er in seinen Büchern "Das Verschwinden der Kindheit" und "Wir amüsieren uns zu Tode" auf die Gefahren hingewiesen, die gerade für unsere jungen Menschen, heute vor allem im Westen, mit den technischen "Errungenschaften" bestehen. Er nennt diese Entwicklung "Technopoly", und sie ist in den USA am weitesten fortgeschritten. Damit bezeichnet Postman eine Gesellschaftsstruktur, die auf unreflektierten und gefährlichen Anschauungen basiert. Sie ist die totalitäre Technokratie. Das Expertentum in allen Bereichen ist ein bedeutender Machtfaktor zur Kontrolle der Menschen. Es gibt Experten z. B. für Kindererziehung, für die Liebe und für zwischenmenschliche Beziehungen. Dabei wissen wir, daß es Experten gerade für diese Berei-

che nicht geben kann; sie sind lediglich eine Fiktion der Technopologen.

Alle Aussagen hoher Politiker, oder über Produkte wie z. B. Zahncreme, werden in den USA von Medienberatern verfaßt, die genau getestet haben, welche Wirkung diese Aussagen auf den Zuhörer oder Zuschauer haben. **Die Persönlichkeit mit einer eigenen Meinung, die sich auch öffentlich vertreten darf, gehört der Vergangenheit an.** Die Breite Masse der Menschen wird degradiert zu Konsumenten und "Märkten". Die Unterhaltung wird zur letzten Zuflucht für Menschen, die kein eigenes Ziel mehr haben, und solche Gruppen sind gewollt, da sie sich am besten manupulieren lassen.

Was der Jugend schadet, sind weniger das Fernsehen als solches, die Meinungsbildung durch Computer und daß ihr Denken von Tests und Expertenmeinungen bestimmt wird. Was unserer Jugend schadet, ist, daß durch die Technisierung fast aller Lebensbereiche jede glaubwürdige und motivierende Perspektive für den Sinn des Lebens fehlt. Auch gibt die heutige Zeit keine tragfähige Antwort auf das "Wo komme ich her?" und "Was geschieht, wenn ich sterbe?". Darauf antwortet Technopoly: Geburt ist Zufall und Tod ist wahrscheinlich auch ein Zufall. Wer kein Ziel hat, sucht die Zerstreuung in blutigen Filmen, schließt sich durch den Walkman von der Außenwelt ab und greift letztendlich zu Alkohol, Drogen und Barbituraten. Die Selbstmordrate der Kinder hat eine erschreckende Höhe erreicht. Ist das verwunderlich, wenn man die Maschinen mehr liebt als die Kinder?

Das sind keine Horrorvisionen, sondern ist in den USA schon heute Realität. In Europa stehen wir noch – aber wie lange noch? – am Anfang dieser Entwicklung.

Prof. Postman endet sein Referat mit folgendem **Rat an die Deutschen: "Aber in einem Volke, das Luther, Goethe, Schiller, Beethoven, Nietzsche, Marx und Einstein hervorgebracht hat, muß es bessere Philosophen geben, die der Herausforderung der technopologischen Macht standhalten. Solche Philosphien und solche Wertvorstellungen müssen gepflegt und gefördert werden. Das muß geschehen, und zwar bald, sonst werden Sie eines Tages feststellen, daß es zwischen Ihren Maschinen keine Kinder mehr gibt, die Ihnen zuhören. Und Maschinen brauchen keine Märchen."**

Um bei allen um richtige Daseinsgestaltung besorgten Menschen noch mehr Bewußtsein und Verantwortungsgefühl zu wecken, sind die "Merkblätter für eine bewußte Lebensführung" gedacht, die hierbei eine große Hilfe sein können.

**Verein für ein Erweitertes Heilwesen,
Johannes-Kepler-Str. 56/58
7263 Bad Liebenzell-Unterlengenhardt**

---

* Vortrag ist veröffentlicht in „Photo Technik International" 1/89

Europawahl

Leserbrief

Vorweg ein Wort von Bismarck: "Ich habe das Wort "Europa" immer nur im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Nutzen nicht zu fordern wagten. Der vielmißbrauchte Begriff "europäische Interessen" wird uns nicht verleiten dürfen, der deutschen Nation zuzumuten, daß sie ihre Politik nach anderen als deutschen Interessen regelt."

Hiermit ist kein Wort gegen Europa gesagt. Im Gegenteil, wenn sich alle Völker Europas diesen Standpunkt zu eigen machen, wird sich daraus die beste Politik "für" Europa entwickeln. So dient eine gute deutsche Politik auch Europa. Das gilt besonders für die Bundesrepublik, da wir ja bekanntlich das "Herz Europas" sind. Wenn das Herz nicht schlägt, stirbt Europa. Erst ein guter Deutscher kann auch ein guter Europäer sein. Das gilt für alle europäischen Völker, und soweit ich es beurteilen kann, denken die weitaus meisten auch so. Andernfalls ginge Europa zugrunde, denn wir können ein "Vereintes Europa" nicht mit den Vereinigten Staaten von Amerika vergleichen. Die Einwohner Amerikas sind "Zugewanderte aus aller Herren Länder" (die "Urbevölkerung" waren die Indianer, die größtenteils vernichtet wurden), während die europäischen Völker eine "gewachsene" 2000jährige Geschichte durchgemacht haben. Diese Völker kann man nicht auslöschen oder beiseite schaffen, sondern will Europa eine Zukunft haben, müssen seine Völkerschaften erhalten bleiben und ein "Europa der Vaterländer" bilden, wie es de Gaulle bereits vor 25 Jahren anstrebte.

Auch ehemalige Staatsmänner wie der englische Premierminister Heath und der französische Staatspräsident Pompidou stellten übereinstimmend fest: "Die Identität der Nationalstaaten ist zu erhalten. Nur einstimmig gefaßte Beschlüsse sind zu akzeptieren. Durch EG-Beitritt darf kein Verlust an nationaler Identität entstehen." Und der ehemalige langjährige sozialdemokratische dänische Ministerpräsident Jörgensen betonte, daß die dänischen Parlamentarier ins europäische Parlament gewählt werden (bzw. sind), um dort "die nationalen Belange und Interessen Dänemarks" wahrzunehmen und nicht die "überstaatlichen" Interessen der EG (diese ergeben sich automatisch durch die "Zusammenarbeit"). Wer will mir widersprechen, daß nicht der französische Präsident Mitterand heute auch so denkt. Auf jeden Fall ist bekannt, daß Franzosen, Engländer, Dänen oder Spanier und Griechen erstmal "national denken" und sich dann für eine Partei einsetzen, während es bei uns Deutschen genau umgekehrt der Fall ist.

Wir stehen kurz nach der Europawahl. Da lohnt es sich, einmal über die europäische Zukunft nachzudenken. Als Auftakt zu den "europäischen Volkswahlen 1984" lieferte uns die CDU ein "Politisches Grundsatzpapier" worin es hieß: "Die geschichtlich gewachsenen Nationen sind natürliche Ordnungselemente der Menschheit. Jeder Nation wohnt ein natürliches Bedürfnis nach Erhaltung ihres Bestandes in Freiheit nach gesicherter Fortentwicklung inne. Politisch wichtigster Ausdruck ist der Wille zum eigenen Staat, zur staatlichen Einheit... Europa und Nationalstaat sind keine Gegensätze, sie gehören zusammen. Das politische Europa wird auf der Grundlage seiner Nationen und der diese festigenden Staaten entstehen."

Ob die Union (die CSU sicherlich) sich heute noch zu diesen Grundsätzen bekennt? Ich bezweifele dies, denn sonst würden die Republikaner keine Einbrüche bei der CDU erzielen. Ich verstehe uns Deutsche nicht mehr. Wo man auch hinschaut in der Welt, niemand wirft seine Nationalität über Bord. Selbst in der Sowjetunion ist die Nationalität nach 70 Jahren Kommunismus noch fest verankert. Hier kann man doch wirklich sagen: "Wehe, wenn sie losgelassen..." Auch diese Völker wollen alle "Selbständigkeit!" Können wir auf Gorbatschow hoffen?

Heinrich Petrersen

Einladung zur
Mitgliederversammlung des Landesverbandes Niedersachsen

am **9. September 1989** um 15 Uhr in 3030 **Walsrode,** Hotel-Restaurant Kopp, Lange Straße 4

Liebe Mitglieder,

am 19. März 1989 fand die letzte Jahreshauptversammlung des Landesverbandes mit Neuwahl des Vorstandes statt. Leider ist bei der Anmeldung des neugewählten Vorstandes in das Vereinsregister deutlich geworden, daß nicht satzungsgemäß verfahren wurde. Dies bezieht sich bereits auf einen längeren Zeitraum. Der Landesverband Niedersachsens hat in seiner Satzung den Passus, daß nur Delegierte der Bezirke oder Kreisverbände wahlberechtigt bei einer Mitgliederversammlung sind. Nun hat aber der Landesverband kaum existierende Kreisverbände, schon gar nicht solche, die Delegierte gewählt haben. Es ist also nötig, eine neue Mitgliederversammlung durchzuführen, bei der leider noch einmal Wahlen etc. vorgenommen werden müssen.

Da der bisher eingetragene Vorsitzende Dr. M. Thurmann verstorben ist und zur Zeit kein ordnungsgemäß gewählter Vorstand besteht, tritt nach § 15, Abs. 3 der Satzung des Landesverbandes das Präsidium in Funktion und muß eine Landesversammlung einberufen, was wir hiermit tun.

Wir hoffen und wären sehr dankbar, wenn Sie recht zahlreich an dieser Versammlung teilnehmen würden.

Mit besten Grüßen

für das Präsidium des WSL-D

gez. Ursula Haverbeck-Wetzel   gez. Hans-Kurt Wüste

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
TOP 2: Bericht über die Situation durch Hans-Kurt Wüste
TOP 3: Aussprache
TOP 4: Wahl der stimmberechtigten Delegierten aus den anwesenden Mitgliedern gemäß § 12, Ziffer 3 Abs. 2 der LV-Satzung
TOP 5: Satzungsänderung
- a) § 12: **Teilnahme und Stimmrecht**
  Absatz 2 erhält folgende neue Fassung
  2) Wahl und Beschlußfassung auf Landesversammlungen (Ausübung des Stimmrechtes) wird von den anwesenden Mitgliedern des Landesverbandes ausgeübt. Stimmrechte können übertragen werden. Jedes anwesende Mitglied kann zu seiner eigenen Stimme nur eine weitere übernehmen.
  Die Absätze 3 und 4 des § 12 entfallen.
- b) Antrag auf Löschung des e. V.
  § 1 Abs. 2 sollte im neuen Text heißen:
  Er führt den Namen Weltbund zum Schutze des Lebens, (WSL) – Landesverband Niedersachsen. Im Nachfolgenden kurz LV NS genannt.

TOP 6: Wahl des Vorstandes
TOP 7: Wahl der zwei Kassenprüfer
TOP 8: Wahl der Delegierten für die Jahreshauptversammlung
TOP 9: Verschiedenes

Einladung zur
Mitgliederversammlung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

am 2. Sept. 1989 um 15.00 Uhr im **Haus des Deutschen Osten, Bismarkstr. 90,** Restaurant "Rübezahl" in **Düsseldorf**

Liebe Freunde und Mitglieder,

hiermit möchten wir Sie herzlich zur diesjährigen Mitgliederversammlung Ihres Landesverbandes einladen. Es wird diesmal eine besonders wichtige Mitgliederversammlung, weil neben Neuwahlen und Wahl der Delegierten für die im September stattfindende Jahreshauptversammlung, auch endlich die seit langem beschlossene, aber bisher nicht anerkannte Löschung des e.V. noch einmal verabschiedet werden muß.

All diese Punkte sind so gewichtig, daß die Mitbestimmung und Mitentscheidung aller Mitglieder notwendig ist.

Mit besten Grüßen

für den Vorstand des Landesverbandes

gez. Fr. Klinksiek-Jonigkeit

Vorgesehene Tagesordnung

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung
TOP 2: Regularien:
- a) Feststellung der ordg. Einladung
- b) Wahl des Protokollführers
- c) Wahl der Tagungsleitung
- d) Feststellung der stimmberechtigten Mitglieder

TOP 3: Bericht über die Situation des Landesverbandes und über seine Finanzen
TOP 4: Aussprache zu dem Bericht
TOP 5: Entlastung des alten Vorstandes
TOP 6: Satzungsänderung
- a) Antrag auf Löschung des e. V.
  Der neue § 1 der Satzung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen heißt in
  Ziffer 1:
  Der Weltbund zum Schutze des Lebens, Landesverband Nordrhein-Westfalen ist ein Zweigverein des WSL-D und betreut die Mitglieder des WSL-D, die ihren Wohnsitz im Lande Nordrhein-Westfalen haben.
  Ziffer 2:
  Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
  Ziffer 3: Dies wird ersatzlos gestrichen.
- b) In **§ 3 Mitgliedschaft** wird Ziffer 1 und 2 ersetzt durch:
  Ordentliche Mitglieder des Landesverbandes sind die Mitglieder des Bundesverbandes (WSL-D), die ihren Wohnsitz im Bereich des Landesverbandes haben.
  Der alte Text entfällt.
- c) **§ 5 Landesverbands-Mitgliederversammlung**
  Der erste Absatz in § 5,7 entfällt. Neuer Text: Wahl und Beschlußfassung auf Landesversammlungen (Ausübung des Stimmrechtes) wird von den anwesenden Mitgliedern des Landesverbandes ausgeübt. Stimmrechte

können übertragen werden. Jedes anwesende Mitglied kann zu seiner eigenen Stimme eine weitere übernehmen.
Der zweite Absatz in § 5,7 bleibt bestehen.

TOP 7: Neuwahl des Vorstandes
TOP 8: Wahl der Delegierten für die Jahreshauptversammlung
TOP 9: Verschiedenes

Tschernobyl-Strahlenlast übertraf die Atomtests

St. Pöltner Studie zeigt dreifache Belastung

STANDARD-Mitarbeiterin
Sissy Danninger

St. Pölten – Die vom menschlichen Organismus aufgenommene radioaktive Belastung mit Caesium 134 und 137 durch den nuklearen Fallout nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vom 26. April 1986 war fast dreimal so hoch wie in der Zeit der Atomtests in der Atmosphäre von 1958 bis 1964.

Das ist das wesentlichste Ergebnis eines zwei Monate nach dem sowjetischen Unglück an der Isotopenstation des Krankenhauses St. Pölten gestarteten Forschungsprojektes. Insgesamt zwei Jahre lang wurden Gewebeproben aller dort Verstorbenen gemessen und verglichen. Soeben konnte Karl Dam, Projektleiter und Oberarzt, die Computer-Endauswertung abschließen.

Erfaßt wurden 338 Personen, davon 149 Männer und 189 Frauen. Erwartungsgemäß wurden die relativ höchsten Konzentrationen von Caesium – nur diese wurde gemessen – in der Skelettmuskulatur festgestellt. Die Belastung betrug im Durchschnitt von Juli 1986 bis April 1987 genau 2,3 Picocurie pro Gramm Muskel. Die zweitstärkste Anreicherung fand sich in der Leber mit 1,3 Picocurie. Alle anderen Organe lagen darunter, so auch das besonders empfindliche Knochenmark.

Auf die Frage, ob die Situation damit für die Menschen bedrohlich gewesen sei, meint Dam: "Ich glaube, das kann man verneinen, bedrohlich war es sicher nicht."

Von Projektbeginn im Juli 1986 bis in das Frühjahr 1987 zeigte die Verlaufskurve der Gesamt-Strahlenbelastung eine kontinuierliche Steigerung. Eine neuerliche, kurze Spitze folgte im Oktober 1987. Ab April 1988 war die Tendenz fallend. Im Juli 1988 gerieten die Werte unter die noch meßbare Grenze, und die Messungen wurden eingestellt.

Das Forschungszentrum Seibersdorf leistete Hilfe bei der Qualitätssicherung und untersuchte einzelne Proben zur Kontrolle.

Dam betonte, daß bei der Interpretation der Resultate zu berücksichtigen ist, daß sie anhand einer sehr selektierten Personengruppe gefunden wurden. Das Durchschnittsalter der Verstorbenen lag bei den Männern bei 67 Jahren, bei den Frauen betrug es 74 Jahre.

DER STANDARD
21. April 1989

Bezug der Lebensschutz-Informationen

Wer sich regelmäßig über Lebensschutzfragen unterrichten möchte, wer wissen möchte, was für Seminare im COLLEGIUM HUMANUM durchgeführt werden, erhält bei Rücksendung dieses ausgefüllten Abschnittes und einer Mindestspende von DM 30,– als Dank unsere „Lebensschutz-Informationen (LSI) – Stimme des Gewissens" für ein Jahr lang monatlich zugesandt.

Ich ______________________________
(Name)

____
(Anschrift)

habe DM ______________ überwiesen und bitte um Zusendung der LSI.

______________ ______________
(Datum) (Unterschrift)

Bitte rücksenden an die WSL-Bundesgeschäftsstelle, Bretthorststr. 211, 4973 Vlotho.



Abdruck mit Quellennachweis erwünscht.

Herausgeber, Verleger: COLLEGIUM HUMANUM, WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS, Bundesverband Deutschland e.V., Bretthorststraße 221 · 4973 Vlotho · Telefon 05733/7330
Bankverbindung: Volksbank Vlotho e.G. Kto.-Nr. 15556300 (BLZ 49062112) · Postscheckkonto Hannover Nr. 2949-307
Schriftleitung: Ernst O. Cohrs, 2720 Rotenburg/Wümme, Postfach 1165, Am Bahnhof, Telefon 04261/3106
Anzeigen: Frieda Klinksiek-Jonigkeit, Bretthorststraße 221, 4973 Vlotho, Telefon 05733/7330
Bezugsgebühr: jährlich 30,– DM. Erscheint einmal monatlich.
Druck: Deppe-Druck GmbH, Buch- + Offsetdruck, Lange Str. 94, 4973 Vlotho, Telefon 05733/5010

Umweltschutzpapier aus 100% Altpapier – hergestellt ohne Gewässerbelastung, Bleichung oder Färbung.